

# Niedersächsischer Landtag

## Stenografischer Bericht

### 2. Sitzung

Hannover, den 9. November 2022

#### Inhalt:

<b>Rede anlässlich des 84. Jahrestages der Novemberpogrome</b> .....	29
<b>Präsidentin Hanna Naber</b> .....	29
Tagesordnungspunkt 15:	
<b>Mitteilungen der Präsidentin</b> .....	31
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i> .....	31
Tagesordnungspunkt 16:	
<b>Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrats</b> .....	31
Tagesordnungspunkt 17:	
<b>Aussprache über die Regierungserklärung</b> .....	32
<b>Sebastian Lechner</b> (CDU) .....	32
<b>Grant Hendrik Tonne</b> (SPD).....	40
<b>Stefan Marzischewski-Drewes</b> (AfD).....	48
<b>Anne Kura</b> (GRÜNE).....	53
Tagesordnungspunkt 18:	
<b>Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses</b> - Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD - Drs. 19/5 .....	57
<i>Beschluss</i> .....	57
Nächste Sitzung.....	57

**Vorläufiger Sitzungsvorstand:**

Präsidentin	Hanna N a b e r (SPD)
Schriftführerin	Antonia H i l l b e r g (SPD)
Schriftführer	Pascal L e d d i n (GRÜNE)

**Auf der Regierungsbank:**

Ministerpräsident Stephan W e i l (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg M i e l k e , Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris P i s t o r i u s (SPD)	Staatssekretär Stephan M a n k e , Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Gerald H e e r e (GRÜNE)	
Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleich- stellung Daniela B e h r e n s (SPD)	Staatssekretärin Dr. Christina A r b o g a s t , Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleich- stellung
Kultusministerin Julia Willie H a m b u r g (GRÜNE)	Staatssekretärin Andrea H o o p s , Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisie- rung Olaf L i e s (SPD)	Staatssekretär Frank D o o d s , Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitali- sierung
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- cherschutz Miriam S t a u d t e (GRÜNE)	Staatssekretär Dr. Michael M a r a h r e n s , Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- cherschutz
Justizministerin Dr. Kathrin W a h l m a n n (SPD)	
Minister für Wissenschaft und Kultur Falko M o h r s (SPD)	Staatssekretär Prof. Dr. Joachim S c h a c h t n e r , Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Christian M e y e r (GRÜNE)	Staatssekretärin Anka D o b s l a w , Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Wiebke O s i g u s (SPD)	Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier, Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 9.01 Uhr.

**Präsidentin Hanna Naber:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie herzlich und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 2. Sitzung im 1. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

**Rede anlässlich des 84. Jahrestages der Novemberpogrome**

Sehr geehrte Damen und Herren!

„Der 9. November ist ein ambivalenter Tag, ein heller und ein dunkler Tag. Er macht uns Herzklopfen und treibt uns Tränen in die Augen. Er lässt uns hoffen auf das Gute, das in unserem Land steckt, und er lässt uns verzweifeln im Angesicht seiner Abgründe.“

Dies hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor genau einem Jahr gesagt.

Die Ambivalenz, die er beschreibt, wird auch heute in unserem Hause auf besondere Weise spürbar. Mit diesem Datum verbinden sich Freude und ein Gefühl von Aufbruch: Heute vor 104 Jahren entstand mit der Ausrufung der Republik unsere erste Demokratie.

Heute vor 33 Jahren brachten Menschen in der DDR mit dem Wunsch nach Demokratie und Frieden die Berliner Mauer zu Fall. Und heute ist ein guter Tag für die Demokratie in Niedersachsen. Der neu gewählte Landtag nimmt seine inhaltliche Arbeit auf. In den nächsten fünf Jahren werden wir hier im Plenum gemeinsam die Zukunft Niedersachsens gestalten. Wir werden sprechen, zuhören, streiten und Lösungen finden - in Demut.

Mit dem 9. November verbinden wir aber auch die Erinnerung an die Pogrome von 1938 und das Gedenken an die Opfer - verbunden mit Trauer und Scham. Heute jährt sich der Beginn der gezielten Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland und in ganz Europa, die im systematischen Massenmord, der Shoah, endeten.

Ich begrüße an dieser Stelle sehr herzlich Herrn Fürst, den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, und

Herrn Dr. Enste, den Niedersächsischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens.

(Starker Beifall)

Vielen herzlichen Dank Ihnen beiden, dass Sie dem Gedenken an die Opfer der Novemberpogrome beiwohnen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brannten in ganz Deutschland Synagogen, Geschäfte in jüdischem Besitz wurden geplündert. Menschen jüdischen Glaubens wurden verprügelt, ausgeraubt, misshandelt, verschleppt und ermordet. Heute vor 84 Jahren fanden deutschlandweit die Novemberpogrome im sogenannten Dritten Reich statt. Das ist nicht lange her. 84 Jahre - das ist ein wenig mehr als die Lebenserwartung einer in Deutschland lebenden Frau heute. Kaum mehr als ein Menschenleben trennt uns zeitlich von dieser Nacht.

Und die Pogrome haben auch nicht weit weg stattgefunden, sondern hier. In Hannover brannte die Synagoge in der Bergstraße aus. Über Stunden schlugen Flammen aus dem Gebäude, bis die Feuerwehr überhaupt zu löschen begann. Aber nicht um der Synagoge willen! Nein, die Flammen drohten auf Wohnhäuser sogenannter arischer Nachbarinnen und Nachbarn überzugreifen. - Heute gibt es diese Synagoge nicht mehr.

Die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten hat zusammengetragen, was sich in dieser Nacht vor 84 Jahren in ganz Niedersachsen ereignete. Lassen Sie mich einige Schlaglichter werfen:

In Stade wurden das Bankhaus und die Wohnung von Elieser Friedlaender verwüstet. Der Bankier konnte danach nur noch geschützt durch seinen Lehrling zur Arbeit gehen. Die Bürgerinnen und Bürger beschimpften und bespuckten Friedlaender. Er musste sein Geschäft aufgeben und verließ Deutschland gemeinsam mit seiner Frau.

Zu den Pogromen in Osnabrück waren neben der SA auch Jugendliche aufgerufen, die in der Hitlerjugend und im Bund Deutscher Mädel organisiert waren. Sie beteiligten sich in Zivil an den Verwüstungen. Alles sollte aussehen, als habe sich die Wut der Bevölkerung spontan Bahn gebrochen.

Die SA-Männer zündeten die Synagoge an. Sie schlugen die Türen zu Wohnungen ein, in denen Menschen jüdischen Glaubens lebten. Sie verprügelten die Männer und trieben sie in Nachtwäsche durch die Straßen. Die jüdischen Männer wurden

mit Steinen beworfen. Man rief ihnen zu, dass man sie erhängen solle. Sie verbrachten die restliche Nacht in Angst und in Haft. Wer die Mittel dazu hatte, floh später ins Ausland. Von denen, die das nicht konnten, starben etliche in den Konzentrations- und Vernichtungslagern.

In Polle wurde das Wohn- und Geschäftshaus der Eheleute Nachmann verwüstet. Ihr Geschäft war gut gelaufen und hatte an Shabbat geöffnet. Sie hatten gemeinsam mit befreundeten christlichen Familien Weihnachten gefeiert. Vor 1933 hatte sich niemand gefragt, ob die Familie jüdischen Glaubens war. In der Nacht zum 10. November 1938 warfen ihre Mitmenschen den Nachmanns die Scheiben ein und stifteten Kinder an, sich daran zu beteiligen. Die Eheleute wurden in sogenannte Schutzhaft genommen und mussten ihre Wertgegenstände abgeben. Max Nachmann war bereits 73 Jahre alt und schwer erkrankt. Minna und Max Nachmann überlebten die Herrschaft der Nationalsozialisten nicht.

In Sehnde wurden die Fenster zur Wohnung und zum Geschäft der Familie Rose eingeschlagen. Am 10. November 1938 durchsuchten Gestapo-Beamte das Haus. Sie stahlen Schmuck und Wertsachen. Die Roses durften ihr eigenes Haus nur noch durch den Hintereingang betreten. Ihr Mieter stiftete seine Kinder dazu an, die 81-jährige Großmutter der Familie Rose mit Dreck und Steinen zu bewerfen. Sie starb zwei Monate später. Eine würdevolle Bestattung blieb ihr verwehrt. Mit der Schubkarre musste ihr Leichnam zum Friedhof gebracht werden. Nur ein Mitglied der Familie überlebte die Shoah.

Grausamkeiten wie diese passierten im ganzen Deutschen Reich. Auch Menschen im Gebiet des heutigen Niedersachsens haben das ihren Mitmenschen jüdischen Glaubens angetan.

Historische Fakten sind keine Meinung, die man wegwischen kann, weil sie nicht ins eigene Weltbild passt. Wer diese Fakten leugnet, macht sich erneut schuldig. Wir müssen sie anerkennen, aufarbeiten und aus ihnen lernen. Das bleibt unsere Pflicht, auch viele Jahrzehnte später. Das ist nötig, weil Antisemitismus, menschen- und demokratieverachtende Haltungen weiterhin bis tief in der Mitte der Bevölkerung zu finden sind. Und es gibt nicht wenig Anhaltspunkte, dass sie sogar erstarken.

Die Forderung nach einem sogenannten Schlussstrich, nach dem Ende der Erinnerungskultur verkennt die gesellschaftliche Realität. Forderungen danach unterliegen einem Irrtum, aber häufig leider auch einer demokratie- und menschenfeindlichen Grundhaltung.

Theodor W. Adornos formulierter Imperativ aus seinem Aufsatz „Erziehung nach Auschwitz“ gilt weiterhin:

„Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen. Ich kann nicht verstehen, daß man mit ihr bis heute so wenig sich abgegeben hat. Sie zu begründen hätte etwas Ungeheuerliches angesichts des Ungeheuerlichen, das sich zutrug.“

Hätten wir bei den Nachmanns ein Fenster eingeschlagen oder einem Angreifer den Stein aus der Hand genommen? Hätten wir uns schützend vor Herrn Friedlaender und Großmutter Rose gestellt? Konfrontieren wir Menschen mit ihren Vorurteilen, ihrem diskriminierenden und antisemitischen Verhalten? Stellen wir diejenigen zur Rede, die heute einen Menschen mit Kippa beleidigen oder Steine auf eine Synagoge werfen?

Hinter unseren Antworten auf diese Fragen, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht keine Meinung, sondern eine Haltung. Wie wir uns verhalten hätten, kann niemand sagen. Wie wir uns heute verhalten, bestimmen wir jedoch selbst. Es ist unsere Verantwortung als Bürgerinnen und Bürger, niemals wieder solche Gewalt zuzulassen wie am 9. November 1938.

Bei Angriffen auf jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger nur still schockiert zu sein und ratlos dreinzublicken, reicht nicht aus. Wir müssen einander schützen und stärken. Je schwieriger die Zeiten sind, desto mehr müssen wir zusammenrücken. Wir müssen und werden uns wehren, wenn jemand versucht, Geschehnisse wie die Novemberpogrome und die Shoah zu relativieren oder gar zu verleugnen. Dies ist ein Versprechen an die Opfer und ihre Nachfahren und Warnung an alle, die die Singularität der Shoah infrage stellen.

(Starker Beifall)

Eine besondere Verantwortung liegt bei den Abgeordneten dieses Hauses. Als demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Menschen in Niedersachsen ist uns bewusst, dass unsere parlamentarische Demokratie aus den Trümmern von 1945 entstanden ist. Es ist unser Auftrag, sie zu schützen und damit zu verhindern, dass in unserem Staat jemals wieder Macht missbraucht wird, um Menschen zu verfolgen. Und wir sind gefordert, dagegen aufzustehen, wenn jemand versucht, die

Grenze des Sagbaren in diese Richtung zu verschieben. Wenn wir diese Verantwortung in unserer parlamentarischen Arbeit der kommenden fünf Jahre wahrnehmen, dann ist das ein guter Weg, mit der Ambivalenz des heutigen Tages umzugehen - dem Jahrestag der Novemberpogrome und dem ersten gemeinsamen Tagungsabschnitt in der neuen Legislaturperiode.

Lassen Sie uns in ganz Niedersachsen zeigen, dass Antisemitismus und Diskriminierung keinen Platz in der Mitte und auch keinen Platz am Rande unserer Gesellschaft haben. Lassen Sie uns zeigen, dass jüdisches Leben, dass Synagogen, Jom Kippur und die Menschen, die es feiern, zu Niedersachsen gehören und dass wir schützend vor ihnen stehen. Lassen Sie uns das Andenken an die Menschen ehren, die unter den Pogromen gelitten haben, indem wir tatkräftig für Menschlichkeit eintreten.

(Starker Beifall)

Lassen Sie uns in diesem Sinne unsere Arbeit als Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages aufnehmen.

Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt 15:

#### **Mitteilungen der Präsidentin**

Nun bitte ich Sie, soweit möglich, sich von den Plätzen zu erheben.

Meine Damen und Herren, am 20. Oktober 2022 verstarb der ehemalige Abgeordnete Helmut Kuhlmann im Alter von 82 Jahren. Helmut Kuhlmann gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der CDU-Fraktion von 1974 bis 1998 an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Bau- und Wohnungswesen, im Ausschuss für öffentliches Dienstrecht, im Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen, im Ausschuss für Jugend und Sport und im Ausschuss für Medienfragen. Helmut Kuhlmann wurde 1998 der Bundesverdienstorden am Bande verliehen. Wir werden den Kollegen in guter Erinnerung behalten und widmen ihm ein stilles Gedenken. - Ich danke Ihnen.

Die Reihen sind außerordentlich gut gefüllt, sodass ich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses hiermit feststelle.

Zur Tagesordnung. Wir beginnen die heutige Sitzung mit der Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates. Anschließend folgt die Aussprache über die gestrige Regierungserklärung. Danach wählen wir die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses. Die heutige Sitzung könnte demnach gegen 11.30 Uhr enden.

Da in der ersten Sitzung des Landtages noch kein vollständiges Präsidium gewählt wurde, halte ich Sie damit einverstanden, dass ich bis zur Wahl des Präsidiums weiterhin gemeinsam mit dem doch mittlerweile sehr bewährten Team aus Frau Hillberg und Herrn Leddin den vorläufigen Sitzungsvorstand bilde.

(Beifall)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Sie bitten, die Personalbögen, die Ihnen von der Landtagsverwaltung übermittelt wurden, möglichst zügig zurückzusenden, soweit dies noch nicht geschehen ist. Sie sind für organisatorische Belange und parlamentarische Abläufe von Bedeutung.

Nun folgen weitere geschäftliche Mitteilungen durch Frau Hillberg als Mitglied des vorläufigen Sitzungsvorstandes.

#### **Schriftführerin Antonia Hillberg:**

Mir liegen Entschuldigungen vor. Von der CDU-Fraktion haben sich entschuldigt: Dr. Frank Schmädke und Alexander Wille. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Detlev Schulz-Hendel entschuldigt.

#### **Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank, Frau Hillberg.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 16:

#### **Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrats**

Entsprechend der Benennung durch die Fraktionen hat der Ältestenrat sich gestern in folgender Besetzung konstituiert: für die Fraktion der SPD Grant Hendrik Tonne, Wiard Siebels, Immacolata Glosemeyer, Ulf Prange, Dr. Silke Lesemann, Sebastian Zinke, für die Fraktion der CDU Carina Hermann, Jörg Hillmer, Sebastian Lechner, Uwe Schöneemann, Ulf Thiele, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Volker Bajus und Anne Kura, für die Frak-

tion der AfD Klaus Wichmann. Dem Ältestenrat gehören ferner die Präsidentin, zugleich als Vorsitzende, und die noch zu wählenden Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten mit beratender Stimme an.

Wir kommen sodann zum

Tagesordnungspunkt 17:

### **Aussprache über die Regierungserklärung**

Nachdem die gestrige Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Weil 38 Minuten gedauert hat, stehen den Fraktionen für die Aussprache über die Regierungserklärung folgende Redezeiten zur Verfügung: für die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion jeweils 38 Minuten, für Bündnis 90/Die Grünen 19 Minuten und für die AfD ebenfalls 19 Minuten.

Mir liegen schon Wortmeldungen vor. Wir haben uns gestern im Ältestenrat auch auf die Reihenfolge der Wortmeldungen geeinigt, sodass ich jetzt Sebastian Lechner für die CDU-Fraktion ans Rednerinnenpult bitte.

(Starker Beifall bei der CDU)

**Sebastian Lechner** (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor genau einem Monat haben die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen einen neuen Landtag gewählt. Insofern will ich zuvorderst, auch im Namen meiner Landtagsfraktion, Ihnen allen, die hier nun im Hohen Hause Dienst tun können, einen herzlichen Glückwunsch ausdrücken.

(Beifall)

Und auch dem Ministerpräsidenten Stephan Weil und seiner gesamten neuen Landesregierung sprechen wir unsere Glückwünsche aus. Für die Bewältigung einer der schwersten Zeiten in der Nachkriegszeit für dieses Land, aber auch für die tatkräftige Arbeit an dessen Zukunft wünschen wir Ihnen eine glückliche Hand, Erfolg und Gottes Segen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und diese Wünsche sind auch keine hohle Phrase, auch kein Lippenbekenntnis; denn im Interesse der Menschen in unserem Lande gilt es jetzt, bestmöglich gemeinsam durch diese Krise zu kommen. Dabei werden wir als kraftvolle Opposition die neue

Regierung konstruktiv begleiten, aber auch stellen, ihr Handeln überprüfen, Verbesserungen aufzeigen - verbindlich und anständig im Ton, aber klar und hart in der Sache, so wie es sich für die einzig verbliebene bürgerliche Kraft in diesem Hause gehört.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der AfD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle - weil ich die Verlautbarungen eben schon gehört habe - an die Damen und Herren ganz rechts von mir sagen: In Ihrer Partei gibt es Menschen wie Björn Höcke, einen ausgewiesenen Rechtsextremisten. In Ihrer Partei gibt es Menschen, die sich durch teilweise menschenverachtenden Populismus und Scharfmacherei in der politischen Debatte hervortun. In Ihrer Partei werden Sie deswegen zu Recht teilweise vom Verfassungsschutz beobachtet. Und deswegen will ich das auch gerade an diesem heutigen Tage sagen, der, wie eben sehr deutlich und klar geschildert wurde, auch ein Tag der Mahnung gegen Gewalt, Hetze, Populismus und Scharfmacherei in der ganzen Welt ist und der auch ein Zeichen sein soll für das Leid, was dadurch in der Welt, aber insbesondere auch in Deutschland angerichtet wird. Damit grüße ich ganz besonders auch Herrn Fürst in der Loge.

Ich will deswegen ganz deutlich sagen, auch vor dem Hintergrund dieses Tages, dass die CDU *nie-mals* mit der AfD in der Opposition oder sonst wo zusammenarbeiten wird.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Verlässlichkeit, Toleranz, christliches Wertefundament, Sachlichkeit, Pragmatismus sind Markenzeichen eines bürgerlichen Politikstils. Das haben wir auch in den vergangenen fünf Jahren in der Großen Koalition unter Beweis gestellt.

Zu unseren Erfolgen zählen der Verfassungsrang für die Schuldenbremse, die erfolgreiche Neuausrichtung der NORD/LB, die Stärkung der Hochschulmedizin und die besseren Bedingungen der Forschung und Lehre an unseren Hochschulen, der Masterplan Digitalisierung und die Start-up-Förderung. Wir haben in der Corona-Pandemie eine Förder- und Hilfspolitik auf die Beine gestellt, die ihresgleichen sucht, die trotz Rezessionsängsten dazu geführt hat, dass Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze erhalten blieben und echte Zukunftsinvestitionen ermöglicht wurden. Ich erinnere auch an den „Nieder-

sächsischen Weg“, an die Ackerbau- und Grünlandstrategie, an die Null-Toleranz-Politik gegenüber Clankriminalität und die Bekämpfung der Kinderpornografie.

Wir konnten Niedersachsen in den letzten fünf Jahren wirklich nach vorne bringen. Dafür auch einen Dank an die Mitglieder der Koalition der vergangenen Legislatur, insbesondere der CDU, aber auch der SPD. Wir haben, glaube ich, eine wirklich erfolgreiche Zusammenarbeit gepflegt.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD -  
Volker Bajus [GRÜNE]: Deswegen  
seid ihr ja auch abgewählt worden!)

Aber, Herr Ministerpräsident, Sie konnten sich dabei auch auf die solide und gute Arbeit der CDU verlassen. Und sicher, unsere fünf Minister Barbara Havliza, Björn Thümler, Barbara Otte-Kinast, Reinhold Hilbers und Bernd Althusmann waren Ihnen nicht immer bequem; denn sie konnten sich durchsetzen und haben angepackt.

(Zuruf von Volker Bajus [GRÜNE])

Und sie hatten vor allen Dingen eines, was wir so oft und auch gestern wieder an Ihnen vermisst haben: Gestaltungswillen. Bitte, Herr Ministerpräsident, das war doch gestern kein Aufbruch! Das war wieder nur Verwalten! Das war doch keine Antwort auf die großen Herausforderungen, die Sie selbst beschrieben haben! Das war nicht Gestalten, das war einfach viel zu wenig für unser Land Niedersachsen!

(Starker, anhaltender Beifall bei der  
CDU - Zuruf von Meta Janssen-Kucz  
[GRÜNE])

- Frau Janssen-Kucz, das müssen Sie jetzt aushalten. Das wird noch schlimmer.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Ich  
halte das sehr wohl aus! - Heiterkeit -  
Volker Bajus [GRÜNE]: Mit diesem Ziel  
hören wir ja zu! - Meta Janssen-Kucz  
[GRÜNE]: Ich habe Freude an dieser  
Realitätsverzerrung!)

Unser Land befindet sich in einer schweren Krise. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch unser Land verändert. Wir alle können uns glücklich schätzen, hier und heute in Frieden und Freiheit zu tagen. Nur 1 000 km von uns entfernt müssen Frauen, Männer, Junge und Alte um ihr Leben, ihr Land und ihre Freiheit fürchten. Heute sollten wir deswegen auch ein klares Signal aus dem

Niedersächsischen Landtag an die tapferen Ukrainer senden, die tagtäglich um ihr Überleben gegen Putins Russland kämpfen. Wir bleiben solidarisch mit der Ukraine und werden uns von Putins Drohungen nicht einschüchtern lassen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und  
bei den GRÜNEN)

Aber diese Energiekrise erfordert ein mutiges Gegensteuern mit klugen und innovativen Konzepten,

(Volker Bajus [GRÜNE]: Dann haben  
Sie gestern ja doch zugehört!)

mit Mut zu großen Reformen und mit Zuversicht und Optimismus.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist das!)

Und es braucht eine Landesregierung, die gerade kraftvoll-ambitionierte Arbeit tut,

(Volker Bajus [GRÜNE]: Die haben wir  
gestern gewählt!)

die den Menschen aufzeigt, wie die Krise überwunden wird - und genau *die* habe ich gestern nicht gesehen, Herr Bajus!

(Beifall bei der CDU)

Die Antworten aus Berlin zur Krisenbewältigung sind immer noch unzureichend. Ich begrüße die Ergebnisse der MPK, aber es ist unklar, wann und wie die Strompreislöscher kommt. Es ist unklar, ob die kleinen und mittleren Unternehmen auch unter Ihren Industriestrompreis fallen. Es ist unklar, ob die Gasbremse am 1. März oder am 1. Februar kommt. Es ist unklar, wie die Härtefallregelungen für kleine und mittlere Unternehmen sind. Herr Ministerpräsident, dazu haben Sie gestern nichts gesagt. Aber nutzen Sie Ihre Rolle als Vorsitzender der MPK, um all diese offenen Fragen zu klären! Und machen Sie sich insbesondere stark gerade für ein großes Flächenland wie uns.

Wir brauchen auch eine Spritpreislöscher und eine Lösung für die Menschen, die mit Öl und Pelletheizungen heizen, und zwar zum 1. Januar 2023.

(Beifall bei der CDU)

Und nun wollen Sie ein eigenes Hilfsprogramm auflegen. Auch wir stehen zu unserer Verantwortung und unterstützen die Linie, dass sich das Land Niedersachsen an der Bewältigung dieser Krise finanziell beteiligen sollte. Aber wir sind der Meinung, dass es darauf ankommt, dass Bund und Länder Hand in Hand gehen. Und es ist leider unklar, wie

hoch die finanzielle Beteiligung der Länder am Programm des Bundes sein wird.

Sie sagen, Sie wollen den Härtefall ergänzen - doch es ist leider unklar, wie der überhaupt aussieht. Das ist doch die ganze Krux, und das war sie auch schon vor der Wahl. Die Bundesregierung kommt einfach nicht in die Pötte! Und der Grund dafür ist, dass Sie sich nicht einigen können. Sonst hätten wir auch schon vor der Wahl einen Nachtragshaushalt machen und den Menschen damit helfen können. Aber jetzt wird es so sein, dass Sie die Mittel, die Sie im November veranschlagen, wahrscheinlich nicht mal bis Frühling verausgabt bekommen. Das bedeutet, dass den Menschen in diesem Lande weder durch den Bund noch durch das Land geholfen wird. Und es ist die Zögerlichkeit der Ampel, die das verursacht!

(Starker Beifall bei der CDU)

Für uns ist eines sehr wichtig: Wenn wir Geld ausgeben, dann muss es bei den Menschen auch ankommen. Deswegen werden wir uns den Nachtragshaushalt ganz genau anschauen. Wenn den Menschen in Niedersachsen, den Vereinen, den Unternehmen und den Kultureinrichtungen tatsächlich geholfen werden kann und dieser Nachtragshaushalt eine Ergänzung zu einem guten Bundesprogramm sein sollte, dann stellen wir uns an Ihre Seite und stimmen mit. Dient es aber nur dazu, Geld für Ihren verkorksten Koalitionsvertrag im Einzelplan 13 zu bunkern, dann werden wir das deutlich machen und ablehnen.

(Starker Beifall bei der CDU - Zuruf von Volker Bajus [GRÜNE])

Herr Ministerpräsident, wir müssen diese Energiekrise auch an der Wurzel packen. Deswegen unterstützen wir Ihre Agenda zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Ich will aber darauf hinweisen, dass das mit großen Konflikten verbunden sein wird. Ich hätte mir dazu gestern ein paar Worte gewünscht.

Wir sind da klar: Wir wollen für den Ausbau der erneuerbaren Energien bei Windkraft weg vom Wohnraum, rein in den Naturraum. Wir wissen, dass das unumstritten ist. Aber was wollen Sie, Herr Weil? Wie nah soll es an die Wohnbebauung herangehen? Soll es Windkraft im Wald geben? Sollen die anliegenden Grundstückseigentümer für ihren Wertverlust kompensiert werden? Alles offene Fragen, die im Übrigen auch in Ihrem Koalitionsvertrag offenbleiben und ungelöst sind. Deswegen, finde ich, ist der Ausbau von Windkraft in der von Ihnen

vorgetragenen Weise im Moment nicht mehr als Wortklauberei.

(Starker Beifall bei der CDU - Volker Bajus [GRÜNE]: Sie haben doch selber nichts hingekriegt und fünf Jahre geschlafen!)

Ich finde, Sie könnten auch mehr Ehrgeiz entwickeln; denn es geht nicht nur um den Ausbau der Windkraft, sondern es geht auch um den Ausbau der Speichertechnologien. Wir müssen die erneuerbaren Energien grundlastfähig machen. Auch Biogasanlagen müssen zur Netzstabilisierung und zur Speicherung von Energie einen guten Beitrag leisten dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist es im Übrigen nicht gut, Herr Minister Lies, dass Sie deutlich gemacht haben, dass Sie die gerade die Übergewinne von Biogasanlagen abschöpfen wollen. Wir müssen die Biogasanlagen schützen und stärken und nicht - - -

(Starker Beifall bei der CDU)

Sie wollen Kernland für Wasserstoffwirtschaft werden. Einverstanden! Aber wie? Wir brauchen aus unserer Sicht dazu Forschungscluster und Unternehmenspartnerschaften, Steuer- und Abgabefreiheit für den Bau von Elektrolyseuren, mehr Modellprojekte zum Bau von Wasserstoffpipelines hin zu den industriellen Verbrauchern. Wir müssen ehrgeiziger sein und nicht nur Windenergieland Nr. 1, sondern auch Wasserstoffenergieland Nr. 1 werden wollen!

(Beifall bei der CDU - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Fragen Sie dazu mal Herrn Hilbers!)

- Nein, das machen Sie eben nicht. Es ist in Ihrem Koalitionsvertrag sehr kümmerlich, was Wasserstoff angeht.

(Ulf Thiele [CDU]: Eine Dreiviertelmilliarde haben wir dafür bereitgestellt!)

Aber egal wie: Der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Ausbau von Wasserstoffanlagen, die Erhöhung unserer Häfen und ähnliche Infrastrukturprojekte brauchen alle eins: schnelle Genehmigungen. Sie haben gestern auch angesprochen, dass Sie dort schneller werden wollen. Aber gleichzeitig vereinbaren Sie in Ihrem Koalitionsvertrag so schöne Dinge wie: Gender-Budgeting, Klimachecks, Taskforce.

(Uwe Dorendorf [CDU] lacht)

„Wir wollen große Pläne machen!“ Das alles machen Sie, bevor Sie auch nur ein einziges neues Windrad bauen lassen. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Sparen Sie sich das alles, und setzen Sie die personellen Kapazitäten, die Sie damit beschäftigen wollen, schlicht und einfach dafür ein, die Unternehmen und die Kommunen bei der Genehmigung von neuen Vorhaben zu unterstützen! Das wäre tatsächlich ein sinnvoller Weg.

(Starker Beifall bei der CDU - Ulrich Watermann [SPD]: Da hat einer die letzten fünf Jahre vergessen! - Volker Bajus [GRÜNE]: Fünf Jahre geschlafen!)

Allein mit der Bewältigung der Energiekrise wird es nicht getan sein. Wir müssen uns auch wieder mit der Frage beschäftigen, wie wir Wohlstand in Niedersachsen erhalten und erwirtschaften. Dazu braucht es eine ehrgeizige und umfassende wirtschaftspolitische Agenda, die über den Ausbau der erneuerbaren Energien hinausgeht.

Sie sagten, Sie wollen einen Staat, der die Menschen schützt. Einverstanden! Aber wir wollen mehr. Wir wollen einen Staat, der auch auf Eigeninitiative setzt, der Freiraum für Unternehmer und Betriebe schafft, der ermutigt, der unterstützt, damit man ins Risiko gehen kann, und der vor allen Dingen auch Eigenleistung wertschätzt. Das alles spielt bei Ihnen im Koalitionsvertrag keine Rolle.

(Starker Beifall bei der CDU)

Die tragenden Säulen unseres Wohlstandes sind der Mittelstand und das Handwerk ergänzt durch hochkarätige Industrieunternehmen. Diese Säulen müssen wir stärken, nicht nur in Hinblick auf die Transformation, so wie Sie es gestern geschildert haben, sondern auch in Hinblick auf Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit. Wirtschaft made in Niedersachsen muss eine starke Marke bleiben! Das heißt eben auch: Stärkung des vorhandenen Potenzials. Es muss attraktiv sein, Unternehmen bei uns anzusiedeln und auch neu zu gründen.

(Starker Beifall bei der CDU)

Dazu braucht es günstige Energie - keine Frage! Aber unsere Unternehmen brauchen auch eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur, um Waren und Energie anzuliefern und auch abzutransportieren.

„Wir wollen auch den ÖPNV ausbauen.“ Einverstanden!

(Volker Bajus [GRÜNE]: Nachdem ihr fünf Jahre lang nichts getan habt!)

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass Sie auf absehbare Zeit - und ich bin sehr gespannt darauf, was Ihre Modellprojekte ergeben - nicht ohne Auto und Lastwagen in Niedersachsen auskommen werden. „Wir müssen Auto und Lastwagen klimaneutral machen.“ Auch einverstanden! Aber sie müssen vor allen Dingen irgendwo fahren!

(Christian Fühner [CDU]: Richtig!)

In Ihrem Koalitionsvertrag findet man dazu nur Stoppschilder: Stoppschilder für den Straßenneubau, Stoppschilder für den Straßenausbau und Stoppschilder für den Autobahnbau. Nichts davon ist vorgesehen.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Das glaubt er ja selber nicht, was er da sagt!)

Eine gute Wirtschaftspolitik braucht aber auch eine gute Verkehrspolitik, und insofern ist das verantwortungslos.

(Starker Beifall bei der CDU - Sebastian Zinke [SPD]: Mal was Neues für Niedersachsen nach fünf Jahren!)

Niedersachsen ist Autoland.

(Immacolata Glosemeyer [SPD]: Ach! - Zuruf von der CDU: Nicht mehr!)

- Ja, das scheint Ihnen nicht mehr aufgefallen zu sein!

Unternehmen wie Volkswagen und deren Zulieferer sind durch stetige Innovationen weltweit bekannt und erfolgreich. Ich weiß nicht, Herr Ministerpräsident, ob Ihnen das gestern aufgefallen ist, aber Sie haben unser größtes Unternehmen - VW - in Ihrer Erklärung mit keinem Wort erwähnt.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Unfassbar!)

Ist das der neue rot-grüne Stellenwert der Autoindustrie in unserem Bundesland?

(Starker Beifall bei der CDU)

Zu diesem Stellenwert passt auf jeden Fall die Entscheidung, die Niedersächsische Kultusministerin in den VW-Aufsichtsrat zu entsenden.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Sie ist die stellvertretende Ministerpräsidentin!)

Was um Gottes Willen soll denn das Kultusministerium für einen Beitrag für das Teilnehmungsmanagement von VW leisten? Können Sie mir das erklären?

(Starker Beifall bei der CDU)

Wir sind auch Agrarland Nr. 1. Dass die beiden Ressorts Umwelt und Landwirtschaft in grüner Hand sind, lässt dieser Tage sicherlich nicht alle Landwirte ruhig schlafen. Aber Sie sagten gestern, Sie wollen die Landwirte nicht alleine lassen. Doch schaut man in Ihren Koalitionsvertrag, so sieht man, dass es dort zunächst einmal um mehr Kontrollen und um mehr Dokumentationspflichten geht. Das ist genau das grundsätzliche Problem: Sie vertrauen den Landwirten nicht.

(Jörn Schepelmann [CDU]: Misstrauen!)

Der Beruf des Landwirts verdient aber Anerkennung und Wertschätzung. Wir sollten in dieser Branche auch mal wieder die Eigeninitiative und das Unternehmertum stützen und nicht nur durch mehr bürokratische Auflagen hemmen.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So wie ihr das offensichtlich fünf Jahre gemacht habt?)

Wir müssen mit Digital Farming und Züchtungsmethoden neue Wege gehen. Wir müssen uns auch gegenüber der EU und der Bundesregierung für ein Moratorium in Bezug auf neue Regeln und Auflagen einsetzen. Gerade in diesen Zeiten muss die Flächenstilllegung am Gunststandort Niedersachsen nachrangig gegenüber der Produktion von Lebensmitteln sein.

Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Branchen braucht auch bei der Tierhaltung klare Signale. Doch das alles findet sie in Ihrem Koalitionsvertrag nicht. Also: Was genau meinen Sie damit, wenn Sie sagen, Sie wollen die Landwirte nicht alleinlassen?

(Starker Beifall bei der CDU - Zuruf von Volker Bajus [GRÜNE])

Wieder zurück zum Ehrgeiz: Alle Branchen in Niedersachsen leiden unter Fachkräftemangel. Dem entgegenzuwirken, wird eine Hauptaufgabe sein. Sie haben es gestern geschildert: Dafür brauchen wir auch Zuwanderung. Und ja: Auch die CDU ist der klaren Meinung, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Ach!)

Wir müssen die Zuwanderung auch steuern. Ich bin sehr gespannt darauf, welche Regeln uns dazu aus Berlin ereilen werden.

Wir müssen uns aber auch darum kümmern, wie wir unsere Menschen hier in Niedersachsen fort-, weiter-, aus- und neu bilden und ihnen auch neue Chancen ermöglichen, und zwar durch eine enge Verzahnung von Beruf, Schulen, Hochschulen und Erwachsenenbildung unter Berücksichtigung der Anforderungen einer digitalen Arbeitswelt. Warum um Gottes Willen stehen in Niedersachsen Berufsschulen nachmittags oft leer? Was können die Hochschulen besser machen, um sich auch in die betriebliche Weiter- und Fortbildung einzumischen? Ich finde, wir brauchen hier ein ehrgeiziges Konzept, was alles das berücksichtigt und was am Ende keinen zurücklässt und keine Chance vernachlässigt.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen auch eine ehrgeizige Hightech-Agenda - auch dazu habe ich gestern kaum etwas gehört -: Förderung von Hightech-Inkubatoren und -Akzeleratoren und die Verbesserung von Hightech-Entrepreneurship, Wissenstransfer, Neueinstellung von Professoren, mehr Forschungseinrichtungen nach Niedersachsen holen, das Thema Künstliche Intelligenz fördern und fördern. Müssen wir das alles dem Süden überlassen? Das alles steht nicht in der Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag dazu nur ganz wenig.

Ich finde, wir brauchen auch ein bisschen mehr neue Wege bei einer guten Innovationspolitik, d. h. vielleicht Modellregionen oder Innovationsregionen, wo wir auch einmal manche Regeln wegnehmen, damit man Innovation tatsächlich fördern kann. Alles das gehört zu einer guten Regierungspolitik.

(Beifall bei der CDU - Volker Bajus [GRÜNE]: Wir können gerne mal eine gemeinsame Lesestunde machen! - Gegenruf von Djenabou Diallo-Hartmann [GRÜNE]: Aber unbedingt!)

- Sie können mir gerne zeigen, wo Sie das alles reingeschrieben haben! In den Koalitionsvertrag haben Sie das nicht reingeschrieben!

Neben einer ehrgeizigen und klaren Energie- und Wirtschaftspolitik braucht dieses Land auch eine Bildungspolitik, um unseren Wohlstand zu erhalten. Das beginnt natürlich bei der frühkindlichen Bildung.

Wir sind bei Ihnen, dass wir den Weg mit unserem Stufenplan - ich will betonen, es ist unser Stufenplan, den wir gemeinsam für die dritte Kita-Kraft ausgehandelt haben; ich habe mich sehr gewundert, dass die Grünen damit einverstanden sind; das war in der letzten Legislaturperiode noch nicht der Fall -

(Widerspruch von Djenabou Diallo-Hartmann [GRÜNE])

weitergehen und zusammen entwickeln und dass die Steigerung der Ausbildungszahlen in die richtige Richtung weist.

Aber es geht um noch mehr. Wir brauchen eine wirkliche Fachkräfte- und Ausbildungsinitiative für unsere Kitas, ein Ausbilderprogramm für die dualisierte Ausbildung und die Etablierung eines berufsbegleitenden Masterstudiums.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Jetzt zitieren Sie unseren Vertrag! Respekt!)

Wir haben die Digitalisierung. Sie muss auch in der Kita neu gedacht werden, um Verwaltung zu vereinfachen und die Vernetzung der verschiedenen Institutionen zu fördern und vor allen Dingen Personalkapazitäten freizusetzen. Das alles braucht es, um den Erziehermangel in unseren Kitas zu bekämpfen und zu bewältigen und ihm eine Antwort entgegenzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Idee, die Schulen mit nicht pädagogischem Personal aus anderen Berufsgruppen zu unterstützen, teilen wir. Wir sind sehr gespannt auf die Umsetzung.

Auch die Bezahlung der Lehrer nach A 13 finden wir gut; das stand ebenfalls in unserem Regierungsprogramm.

(Djenabou Diallo-Hartmann [GRÜNE]: Aber nicht umgesetzt!)

Aber wie wäre es denn einmal mit einem Quereinsteigerprogramm, und zwar mit einem, das die Quereinsteiger wirklich intensiv pädagogisch beschult, mit einem, das Anerkennungshürden senkt, mit einem, das für Quereinsteiger tatsächlich und faktisch den einfachen und begleiteten Einstieg in den Lehrberuf gewährleistet?

Wir müssen aus unserer Sicht auch das Lehramtsstudium reformieren, es praxisnäher, modularer und in Verbindung mit dem Referendariat schneller machen.

Und Sie müssen sich endlich um die Organisation von Ganztag und Inklusion kümmern und dort Kapazitäten überprüfen.

Ein absoluter Schwerpunkt der Landesregierung muss das Thema Unterrichtsversorgung sein. Frau Ministerin Hamburg, daran werden wir Sie messen!

(Beifall bei der CDU)

Klar ist aber auch: Was wir auf keinen Fall brauchen, ist eine neue Schulstrukturdebatte.

(Jörn Schepelmann [CDU]: Richtig!)

Das passte auch so gar nicht zu dem, was Sie, Herr Ministerpräsident, gestern gesagt haben. Sie haben gestern gesagt, Sie wollten den Schulen mehr pädagogische Freiheit geben.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Sehr gut!)

Aber laut Koalitionsvertrag, Herr Bajus, wollen Sie die Oberschulen zu Gesamtschulen schleifen,

(Volker Bajus [GRÜNE]: Schleifen? Was ist das denn?)

die Einheitsschule von Klasse 1 bis 13 einführen, den neuen Einheitslehrer erproben und die Abschaffung der Notengebung einführen. Das ist das exakte Gegenteil von mehr Freiheit in der Pädagogik - das exakte Gegenteil!

(Starker Beifall bei der CDU)

Wirklich ambitionslos sind Sie bei dem Thema digitale Schule. Kostenlose Tablets für alle - einverstanden. Aber genau solche Versprechen sind für eine echte digitale Schule einfach nicht genug. Mit der „Landesinitiative n-21: Schulen in Niedersachsen online“ muss eine digitale Landesträgerschaft für eine erfolgreiche und gleichzeitige Umsetzung der Digitalisierung an allen Schulen in Niedersachsen eingeführt werden. Wir müssen Standards für die Software definieren, die eingekauft werden kann, datenschutzrechtliche Themen lösen, die Lehrer verstärkt in digitalem Unterricht schulen. Wichtig wären auch gesonderte Bedarfszuweisungen im kommunalen Finanzausgleich, damit wir überall an den Schulen gleichwertige digitale Lernvoraussetzungen hätten. Und wirklich innovativ wäre auch eine bundesweite digitale BildungsID für unsere Schüler, damit wir bundesweit Unterricht verwalten und gestalten können.

Das alles ist notwendig für eine neue gute digitale Schule. Es reicht eben nicht, nur iPads zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Und überhaupt die Digitalisierung: Die Menschen in unserem Land und die Unternehmen haben, glaube ich, eine klare Vorstellung davon, wie sie ihren Staat organisiert haben wollen. Verwaltung muss einfach erreichbar und kompetent sein. Das wollen Sie ja auch. Niedersachsen muss einfacher werden. Doch auch da muss man mutig sein. Eine Zuständigkeit für die gesamte Infrastruktur des Landes braucht es, und die Ressorthoheit muss in dem Bereich IT geschliffen werden. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie wenigstens einen extra Staatssekretär für diese Aufgabe berufen, wenn schon kein Ministerium.

(Sebastian Zinke [SPD]: Das hat letztes Mal schon nichts gebracht!)

Aber nein, die Struktur bleibt die alte.

Eine eigene Beamtenlaufbahn für IT-Fachkräfte und -Experten wäre gut gewesen, auch Partnerschaften mit Industrie und Unternehmen. Aber nein, nichts davon findet man in Ihrem Koalitionsvertrag. Als ob Sie den Bericht des Landesrechnungshofes aus der letzten Legislaturperiode und das Zeugnis, das dort im Hinblick auf die Digitalisierung ausgestellt wurde, nicht gelesen hätten!

(Djenabou Diallo-Hartmann [GRÜNE]: Das ist doch Ihr Zeugnis!)

Es ist zum Verrücktwerden. Man muss es tatsächlich so sagen: Sie verweigern sich bei der Digitalisierung!

(Starker Beifall bei der CDU - Zuruf von Djenabou Diallo-Hartmann [GRÜNE])

- Wissen Sie, je lauter Sie schreien, desto eher zeigen Sie mir, dass ich bei Ihnen genau den Nerv treffe!

(Starker Beifall bei der CDU - Ulrich Watermann [SPD]: Also meinen Nerv hat er nicht getroffen!)

- Uli, ja, du bist immer tiefenentspannt!

(Heiterkeit)

Eine Verwaltungsreform ist von Ihnen nicht zu erwarten. Sie wollen zwar neue Gesellschaften gründen - Landeswohnungsgesellschaft, Landesmoorgesellschaft, Landesliegenschaftsgesellschaft -, es soll in den regionalen Landesämtern Projektarbeit geben. Der Nutzen dieser Gesellschaften aber bleibt vage.

Das gilt insbesondere für die jetzt nur noch „Wohnungsgesellschaft“ genannte Gesellschaft.

(Jörn Schepelmann [CDU]: Genau!)

Im Wahlkampf hieß sie noch „Wohnungsbaugesellschaft“. Dann ist Ihnen wahrscheinlich aufgefallen, dass diese Gesellschaft die nächsten drei Jahre niemals in Niedersachsen irgendeine Wohnung bauen wird.

(Starker Beifall bei der CDU - Volker Bajus [GRÜNE]: Außer schlechtreden könnt ihr nichts!)

Und dann gibt es den Niedersachsenfonds. Verfassungsrechtlich ist nach unserer Wertung im Sinne der verankerten Schuldenbremse alles ein Umgehungstatbestand,

(Jörn Schepelmann [CDU]: Richtig!)

was nicht eigenes Geld erwirtschaftet und damit vom Haushalt des Landes gespeist werden müsste.

(Wiard Siebels [SPD]: Tut es aber!)

Ihr Fonds funktioniert also nur für Projekte, die eigene Mittel erwirtschaften bzw. Tilgungen leisten und Zins zahlen können. Dann wäre aber der aus unserer Sicht einfachere und bessere Weg: Wir machten die NBank endlich zu einer echten Investitionsbank. Denn die könnte diese Aufgabe genauso und viel besser übernehmen.

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Nein, das macht keinen Sinn!)

Das ist das Modell, das wir in unserem Regierungsprogramm vorgeschlagen haben. Aber - und das sei deutlich gesagt - alles andere, ein Fonds, in den laufend zu finanzierende Aufgaben des Landes ausgelagert werden, ist eine Umgehung der von uns gemeinsam beschlossenen Schuldenbremse, Herr Ministerpräsident, und wird von uns konsequent vor dem Staatsgerichtshof beklagt werden.

(Starker Beifall bei der CDU)

Solidarität mit den Schwachen in unserer Gesellschaft ist ebenfalls Markenkern christdemokratischer Politik. Dies bedeutet auch, dass wir uns zu unserer humanitären und christlichen Verantwortung bekennen und Menschen in Not helfen und aufnehmen. Das gilt insbesondere auch für Kriegsflüchtlinge.

Wir fordern ein Integrationsgesetz, das den Zugewanderten oder Geflüchteten einen Anspruch auf Integrationsleistungen garantiert und gleichzeitig die Teilnahme verbindlich regelt. Ich bin mir nicht sicher, ob das Ihrem Partizipations- und Teilhabe-gesetz entsprechen wird. Aber wir lassen uns mal überraschen. Ich finde, wir brauchen ein solches Gesetz; denn daran können sämtliche Projekte zur

Förderung der Integration ausgerichtet werden, und es definiert auch einen Anspruch gegenüber dem Staat auf Integration.

Auch brauchen wir es, um die Kommunen dabei über die Konnexität zu entlasten; denn durch immer weiter steigende Flüchtlingszahlen kommen unsere Kommunen mittlerweile an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Wir müssen auch - ich will es hier klar sagen - mehr zentrale Aufnahmekapazitäten des Landes schaffen. Das haben Sie gestern ja auch zugesagt. Aber eines ist auch klar: Wenn wir diese schaffen, Herr Ministerpräsident, dann müssen dort vor Ort auch Sicherheit und Ordnung garantiert werden. Vorfälle wie in Bad Fallingbostal-Oerbke dürfen sich einfach nicht wiederholen!

(Beifall bei der CDU)

Letztlich geht es auch darum, schnellere Verfahren zur Klärung des Aufenthaltsstatus zu etablieren und effektive Maßnahmen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht bei Personen zu entwickeln, die sich hartnäckig weigern, Deutschland zu verlassen. Wir haben Ihnen schon damals, vor Jahren, ein Modellprojekt vorgeschlagen, wie man das machen könnte. Es geht hierbei nicht um eine herzlose Rückführungspolitik, sondern um eine konsequente und klare Durchsetzung rechtsstaatlicher Regeln in diesem Bereich. Das braucht es, um die Akzeptanz der Bevölkerung auch im Hinblick auf Einwanderung und Asylpolitik zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Es überrascht mich nicht, dass ich dazu in Ihrem Koalitionsvertrag nichts weiter finde.

Was mich allerdings tatsächlich überrascht, ist, dass ich überhaupt zu den rechtsstaatlichen Themen gestern wenig in Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, gehört habe, z. B. zum Thema Sicherheitspolitik und Vertrauen in unsere Polizei. Unsere Polizistinnen und Polizisten sind gerade diejenigen, die uns in diesem rauer werdenden gesellschaftlichen Klima oft schützen und den Rücken freihalten. Und Sie treten ihnen jetzt mit Misstrauen entgegen.

Zu einer überflüssigen Beschwerdestelle im Innenministerium kommt jetzt auch noch ein Bürgerbeauftragter hinzu. Dabei gibt es ein klares disziplinarisches Verfahren, wie bei Vergehen von Polizisten vorzugehen ist. Aber das entspricht einfach nicht Ihrem Geist;

(Jörn Schepelmann [CDU]: Misstrauen!)

denn der sieht folgendermaßen aus: Sie vertrauen den Polizisten nicht, dass sie Vergehen anderer Polizisten aufklären, sondern unterstellen ihnen, dass sie diese Vergehen vertuschen und verheimlichen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Deswegen wollen Sie auch eine Kennzeichnungspflicht für Polizeikräfte.

Diese Misstrauenskultur gegenüber Polizisten teilen wir nicht. Wir stehen hinter unserer Polizei in diesem Lande, und wir wollen, dass auch Sie das tun.

(Starker Beifall bei der CDU - Ulrich Watermann [SPD]: Nur mit Ihren Worten, nicht mit Ihren Taten! Die Finanzpolitik!)

- Jetzt habe ich anscheinend auch den Nerv von Uli Watermann getroffen.

(Zuruf von Ulrich Watermann [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind uns darin einig, dass Rassismus und Extremismus in all ihren Ausprägungen entschieden entgegengetreten werden muss. Auch wir wollen eine offene und tolerante Gesellschaft, die nicht diskriminiert, sondern die ermöglicht. Auch wir werden denen, die Staat und Demokratie verachten, entschieden entgegentreten - seien sie von links, von rechts, seien es Islamisten, seien es Terroristen oder wer auch immer das ist.

Aber ich will hier auch deutlich sagen: Menschen, die sich auf die Straße kleben, Rettungseinsätze behindern,

(Eva Viehoff [GRÜNE]: Das haben sie nicht!)

Kunstwerke beschädigen und Sachen beschädigen, sind keine Aktivisten, sondern sie sind Straftäter - genauso wie andere auch.

(Starker Beifall bei der CDU - Beifall bei der AfD)

Genau da, bei dem Wort „ziviler Ungehorsam“, beginnt das falsche Verständnis von einem Rechtsstaat.

Ich hätte mir auch gewünscht, wenn man in dieser Regierungserklärung und auch im Koalitionsvertrag ein Wort zu den größten Herausforderungen im Sicherheitsbereich finden könnte, nämlich dem Aufbau der IT-Infrastruktur und der Vernetzung unserer Daten, damit man besser auswerten kann, besser verfolgen kann und besser ermitteln kann. Aber mir

ist schon klar, dass das von einer rot-grünen Koalition nicht zu erwarten ist - weil es auch dort ein anderes Verständnis davon gibt, wie schlagkräftig ein Staat sein muss. Wenn wir in dem Zustand bleiben, werden wir Straftätern und Terroristen hinterherlaufen.

(Beifall bei der CDU)

Vieles passt in Ihrem Koalitionsvertrag nicht zusammen und ist nicht durchdacht. Konflikte werden ausgespart, in Prüfaufträge formuliert - 137 an der Zahl! Sie wollen vieles, aber nicht konkret.

Eines muss man Ihnen und Ihren Koalitionären jedoch lassen: Sie haben sich schnell geeinigt. Genau, Sie sind einfach schnell fertig geworden - aber doch nur, weil Sie all die großen Reformprojekte nicht anpacken wollen, weil sie nicht drinstehen und weil Sie alle kritischen und potenziell schwierigen Punkte einfach ausgespart haben.

(Beifall bei der CDU - Volker Bajus  
[GRÜNE]: Ihr könnt euch nicht vorstellen, dass es auch so geht!)

Mit dieser Einschätzung bin ich nicht allein, Herr Bajus. So war am 1. November 2022 auf ndr.de ein Kommentar von Thorsten Hapke zu lesen. Er bezweifelt, dass hier eine wirklich „mutige, reformwillige Regierung an den Start geht“. Diesen Zweifel teilen wir!

(Beifall bei der CDU)

Sie setzen nicht auf die Kraft der freien Entfaltung der Menschen in diesem Land. Sie setzen auf Regulierung und Bürokratie. Neuer Wohlstand ist keine Priorität. Ihre Koalition ist im Kern eine Kampfansage an die Leistungsträger in Niedersachsen. Sie wollen zurück in die rot-grüne Vergangenheit, lieber verwalten statt gestalten! Ankündigungen, Prüfaufträge statt pragmatischer, anpackender Politik! Wir werden Sie jeden Tag aufs Neue daran erinnern, dass diese Art von Politik für dieses Land einfach nicht reicht.

Deswegen, Herr Ministerpräsident: Das war gestern keine Regierungserklärung. Das war ein Antrag auf Altersteilzeit. Das ist für dieses Land leider zu wenig.

Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU - Volker Bajus [GRÜNE]: Das ist unerschämmt! Das gehört sich einfach nicht! - Ulrich Watermann [SPD]: Jung und erfolglos!)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herzlichen Dank, Kollege Lechner. - Ich bitte nun den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Grant Hendrik Tonne, nach vorne ans Redepult.

(Beifall bei der SPD)

**Grant Hendrik Tonne (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie auch mich meine erste Rede in der neuen Wahlperiode hier im Landtag mit einem Dank beginnen.

Ich möchte unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil recht herzlich danken und ihm zu seiner Wahl gratulieren. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Stephan, ich spreche für die gesamte SPD-Fraktion, wenn ich sage: Der Wahlerfolg am 9. Oktober 2022 ist auch ein ganz großes Stück im Vertrauen und Zutrauen in die Person Stephan Weil begründet. Wir freuen uns auf eine weiterhin erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Alles Gute!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich darf auch alle wiederernannten und neuen Mitglieder der neuen Landesregierung zu ihrer Ernennung beglückwünschen. Sie haben allesamt wichtige Aufgaben für das Land und für die Menschen hier übernommen. Wir wünschen Ihnen bei der Bewältigung dieser Aufgaben eine allzeit glückliche Hand. Vor allen Dingen danken wir für die Bereitschaft, genau diese Aufgaben zu übernehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will einen weiteren, auch sehr ernst gemeinten Dank in die Richtung der CDU-Fraktion aussprechen, stellvertretend an ihren Vorsitzenden der vergangenen Wahlperiode, Dirk Toepffer. Die Beschreibung war immer: Es war keine Liebesheirat. Ich finde das übrigens mit Blick auf parlamentarische Vorgänge sowieso eine hehre Erwartung. Das ist eine Herausforderung. Aber CDU und SPD haben vieles erreicht und geräuschlos zusammengearbeitet. Viele haben uns das zu Beginn der letzten Wahlperiode nicht zugetraut.

Die Verankerung der staatspolitischen Verantwortung innerhalb unserer Parteien und Fraktionen war und ist recht groß. Man muss auch sagen: Wir haben keine normale Wahlperiode hinter uns. Wir mussten in der Zeit der Corona-Pandemie gemeinsam viele Entscheidungen fällen, wobei es oftmals

sehr große Unbekannte gab. In dieser Krisenzeit konnten sich SPD und CDU - neben allen Unterschieden in der Sache - aufeinander verlassen. Auch dafür gilt Ihnen mein Dank.

Herr Lechner, Sie haben eine konstruktive Oppositionsarbeit angekündigt. Das nehmen wir gerne an. Wir werden auch Gelegenheit finden, uns in der Sache zu streiten. Das verspreche ich Ihnen schon heute. Das ist nichts Schlimmes. Das darf und muss sogar so sein. Gelegentlich können wir uns dann auf das gemeinsame große Ganze zurückbesinnen.

Ich will aber hier zumindest schon einschieben: Als ich Ihnen eben zugehört habe, war ich bei der Problemanalyse oftmals bei Ihnen. Ich habe gedacht: Ja, da stimme ich zu. Bei der Analyse der Konsequenzen hatte ich oft den Eindruck, dass Sie es sich arg einfach gemacht haben. Ich habe mir permanent die Frage gestellt, warum Ihre anpackenden Ministerinnen und Minister der letzten Wahlperiode das nicht längst erledigt haben.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sebastian Lechner [CDU]: Weil sie durch Sie blockiert wurden! Herr Tonne, das ist aber mutig als ehemaliger Kultusminister! - Ulf Thiele [CDU]: Stimmt, warum haben Sie das denn nicht umgesetzt, Herr Tonne? - Weitere Zurufe von der CDU)

Der dritte Punkt, Herr Lechner: Ich lade Sie ganz herzlich zu einer gemeinsamen Lesestunde des Koalitionsvertrags ein. Bei all den Themen, die Sie gerade aufgezählt und bei denen Sie gesagt haben, dass Sie dazu nichts finden, helfen wir Ihnen: Start-ups: Seite 39, Wasserstoff: Seite 24, Vereinfachung: ein ganzes Kapitel.

(Sebastian Lechner [CDU]: Aber kurz und knapp! - Ulf Thiele [CDU]: Alles Hohlformeln!)

Zum Thema Bildung erlaube ich mir den Hinweis: Differenzieren Sie mal zwischen „ermöglichen“ und „verpflichten“! Bei all dem, was Sie vorgelesen haben, geht es um Ermöglichung, aber doch nicht um Verpflichtung!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Beim Thema Digitalisierung sollte uns doch die Erfahrung gemeinsam gelehrt haben, dass ein eigener Staatssekretär das Problem nun wirklich noch nicht löst, Herr Lechner.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der SPD: Hört, hört! - Ulf Thiele [CDU]: Der Innenminister bräuchte dringend einen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich noch einmal zum Dank zurückkehren. Ich möchte mich bei meiner eigenen Fraktion dafür bedanken, dass ich hier heute stehen darf. Das ist für mich keine Selbstverständlichkeit. Ich will eine Person in diesem Kontext besonders hervorheben: Mein herzlicher Dank geht an meine Vorgängerin als Vorsitzende der SPD-Fraktion, Hanne Modder. Liebe Hanne, du hast diese Fraktion fast zehn Jahre lang geführt, dir dabei immer einen klaren Kompass bewahrt, das Herz immer am richtigen Fleck. Es ist schön, dass du heute hier bist. Dir bin ich zu ganz besonderem Dank verpflichtet.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Ministerpräsident hat in seiner gestrigen Regierungserklärung die richtigen Themen gesetzt.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Er hat aber keine Antworten gegeben!)

Herr Lechner, Sie haben gesagt, Sie haben sie nicht gesehen. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben sie nicht nur gesehen, wir haben sie auch gehört.

(Ulf Thiele [CDU]: Deskriptiv ist das alles drin, aber aktiv nicht!)

Es sind schwierige Zeiten, in denen wir uns befinden. Ich denke, allen hier in diesem Hause ist die Ausgangslage sehr klar. Deswegen ist es richtig, dass schnell gehandelt worden ist, dass Koalitionsverhandlungen schnell geführt worden sind, dass schnell eine Regierung steht, dass sich der Landtag schnell konstituiert, damit wir handlungsfähig sind. Denn die Bekämpfung der aktuellen Krisen muss doch für uns im Vordergrund stehen.

(Zustimmung von Djenabou Diallo-Hartmann [GRÜNE] - Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Das ist kein Über-Themen-Drüberweggehen, sondern wir erfüllen unsere Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, nämlich zügig zu handeln und zu agieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Beschreibung hierbei ist auch klar: Wir erleben einen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit all seinen fatalen Auswirkungen. Wir haben es mit extremen Teuerungen zu tun, ganz besonders im Bereich Energie, aber nicht nur: Auch Lebensmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs sind betroffen. Energiesicherheit ist ein aktuelles politisches Thema. Dazu kommt, dass Corona immer noch nicht vorbei ist, auch wenn einige so tun, als gäbe es das Ganze nicht mehr.

Ich will an dieser Stelle Sozialministerin Daniela Behrens ganz herzlich für die umsichtige und ausgewogene Bearbeitung danken. Dieser Job, der dort tagtäglich gemacht wird, ist alles andere als einfach. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für uns stellt sich die Herausforderung, genau diese Krisen zu bekämpfen, ohne weitere notwendige Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Gute Arbeit oder Klimaschutz zu vergessen. Ich will das hier gerne ausdrücklich betonen: Allein ein Blick in das Jahr 2022 zeigt doch, dass die Bekämpfung des Klimawandels, die sich richtigerweise quer durch den Koalitionsvertrag zieht, oberste Priorität hat.

Meine Damen und Herren, für die regierungstragenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und auch für die Landesregierung gilt: Wir werden gemeinsam alles tun, um das in uns gesetzte Vertrauen nicht zu enttäuschen, und gleichsam hart daran arbeiten, niemanden zurückzulassen, um so gut es geht durch diese Zeit zu gehen. Der Titel des Koalitionsvertrages „Sicher in Zeiten des Wandels“ ist Ausdruck dieses Anspruchs, und er ist richtigerweise quer durch die Politikfelder zu finden.

Eines ist klar: Es ist die Zeit des Staates. Nur ein starker Staat kann helfen, Nöte zu lindern, Teuerungen abzufedern und Programme zu entwerfen, die flächendeckend Wohlstand erhalten und Sicherheit bieten. Im Bund legt die Ampelkoalition große Entlastungspakete auf. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir gut beraten wären, beim Auflegen von Entlastungspaketen - bei all den komplexen Fragen und Fragestellungen, die es vorher noch nie gab, die aber beantwortet werden müssen - permanent so zu tun, als müsste man nur endlich etwas auf den Tisch legen, und dann wäre eine Lösung da. Das Finden einer zielgerichteten Lösung, auch mit Blick auf Entlastungspakete, ist eine immense Herausforderung.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Man muss erst mal was auf den Tisch legen!)

Herr Lechner, die permanente Kritik daran hat nach meiner Einschätzung schon im Landtagswahlkampf nicht so wirklich gezogen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: So ist es!)

Mittlerweile sprechen wir von einer Gesamtsumme von rund 95 Milliarden Euro. Diese Pakete helfen den Menschen ganz konkret in sehr unterschiedlichen Lebenslagen. Für uns ist das wichtig, was auch der Ministerpräsident gesagt hat: Die Energiekrise darf nicht zu einer sozialen Krise werden.

Als SPD und Grüne beginnen wir daher diese neue Legislaturperiode mit der sofortigen Einlösung eines Versprechens. Wir werden noch im November dieses Jahres den 1-Milliarde-Euro-Rettungsschirm auflegen - einen wirksamen Härtefallfonds für die Unterstützung der Tafeln, für unsere Schulen, für unsere Kitas und vieles mehr. Unser Ansatz ist dabei, dass bestehende Lücken von Bundespaketen, die nicht abgedeckt werden können, durch diesen Härtefallfonds abgedeckt werden.

Eines ist mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig, gerade auch im Kontext der Arbeit mit den Kommunen. Meine Bitte ist, dass auch dort gemeinsam zwischen den unterschiedlichen Ebenen gehandelt wird und gemeinsam entsprechende Härtefallfonds auf den Weg gebracht werden. Gemeinsam können wir jetzt nämlich wirksam im Sinne der Bürgerinnen und Bürger handeln.

Meine Damen und Herren, der Staat kann diesen immer vielfältigeren Aufgaben nur nachkommen, wenn wir sie auch auskömmlich finanzieren. Das ist ein Kraftakt und Balanceakt zugleich. Wir reden dabei immer über die Frage von Schulden. Gemeint sind damit die Mittel, die aufgenommen werden und mit Zinsen zurückgezahlt werden müssen.

Es geht in diesem Kontext richtigerweise auch immer um Generationengerechtigkeit. Ja, Kinder und Jugendliche von heute sollen später selbst einen Gestaltungsspielraum haben. So weit völlig korrekt!

Aber wir haben auch eine andere Seite der Medaille zu betrachten: Schulden des Landes sind zum einen Geldbeträge, bedeuten aber zum anderen auch verfallendes Landeseigentum, verfallende Landesgebäude. Der Sanierungsstau von heute ist die baufällig abgerissene Liegenschaft von morgen. Wir müssen Wege finden, diesem Umstand Rechnung

zu tragen. Sich achselzuckend hinzustellen und zu sagen: „Wir haben kein Geld; das können wir nicht lösen“, reicht als Antwort nicht aus, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: So ist es!)

Deswegen ist es auch gut und richtig, dass SPD und Grüne sich darauf verständigt haben, einen Niedersachsenfonds aufzulegen und unter ihm Investitionsinstrumente zu entwickeln, die im Rahmen der Schuldenbremse liegen, deren Gesellschaften sich zu 100 % im öffentlichen Eigentum des Landes befinden und über eine parlamentarische Kontrolle und Beteiligung verfügen. Ehrlich gesagt, bin ich überrascht über Ihre Ankündigung, Herr Lechner: Sie wissen noch nicht, wie es aussehen soll, aber Sie wissen, dass Sie klagen wollen.

(Ulf Thiele [CDU]: Wir schauen uns das genau an!)

Mein Tipp wäre: Gucken Sie sich doch erst einmal die Inhalte an! Dann können wir uns darüber unterhalten. Das wäre doch einmal eine gute Gelegenheit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sebastian Lechner [CDU]: Wenn es hilft, stimmen wir zu, und wenn es nicht hilft, dann nicht!)

Zur Wahrheit gehört eben auch, dass diese Vorschläge bereits in der letzten Legislaturperiode da waren, aber das mit Ihnen, meine Damen von der CDU, nicht zu machen war.

(Sebastian Lechner [CDU]: Weil das, was Sie wollen, verfassungswidrig ist!)

Deswegen bin ich froh und dankbar, dass es jetzt umgesetzt wird. Es ist nämlich höchste Zeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ähnliches gilt beim Thema Wohnen. Wir wollen die Schaffung von zusätzlich 40 000 landeseigenen Wohnungen erreichen. Das ist ein verdammt hehres Ziel. Um dieses Ziel zu unterstützen, gründen wir im ersten Regierungsjahr eine gemeinnützige, nicht gewinnorientierte Landeswohnungsgesellschaft, die dort tätig werden soll, wo es bisher keinen staatlichen Player auf dem Wohnungsmarkt gibt. Die wohnungspolitische Expertise auch der NBank ist dabei ein solides Fundament.

Unser herzlicher Dank gilt Wirtschaftsminister Olaf Lies, der das in seiner Zeit als Umweltminister mit vorangetrieben hat. Sie, meine Damen und Herren der CDU, haben das blockiert, obwohl der Handlungsbedarf unbestritten ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Daher ist es richtig, dass jetzt gehandelt wird und dass man hier schnell und entschlossen tätig wird.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie werden jetzt mit der gesamten Fördersumme weitere Jahre warten, anstatt sie einzusetzen, damit eine Wohnung gebaut wird!)

Für die SPD-Fraktion sage ich ganz deutlich, Herr Thiele: Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist eines der wichtigsten Aufgabenfelder für die Politik. Es gebietet der Anstand, bezahlbaren Wohnraum in diesem Land zu haben.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Dann machen Sie es doch endlich!)

Übrigens ist das Beispiel des Wohnraums ein gutes, um auch auf gesamt Niedersachsen einen Blick zu werfen. Niedersachsen ist ein Land mit ganz unterschiedlichen Regionen - mit städtischen Bereichen, mit ländlichen Bereichen - mit sehr unterschiedlichen Herausforderungen. Beim Wohnen in urbanen Zentren ist es häufig ein Problem, dort auch zu schauen: Wo ist eigentlich der Platz für Kinder? - Im ländlichen Raum stellt sich die Frage: Wie gehen wir mit Mobilität, Versorgung und Sicherheit um, damit Angebote auch vor Ort sind?

Für uns ist klar: Unser Blick geht in beide Richtungen. Es gibt kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch. Wir werfen den Blick in die Regionen, berücksichtigen die Differenziertheit in diesen Regionen und schauen, wo jeweils die Herausforderungen sind, um sie anzugehen und damit wieder dem Anspruch gerecht zu werden: Wir lassen hier niemanden alleine!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Volker Bajus [GRÜNE]: Richtig so!)

Meine Damen und Herren, ebenso wichtig ist uns das Thema Arbeit. Wir verstehen Arbeit immer als Gute Arbeit. Jede Branche ist derzeit im Wandel. Beispielhaft kann man die Automobilindustrie nennen. Das gilt aber, ehrlich gesagt, eins zu eins auch für Energie.

Beim Thema Energie, Herr Lechner, hat Niedersachsen das Alleinstellungsmerkmal, die gesamte Wertschöpfungskette beim Wasserstoff auch hier bei uns zu haben. Das steht übrigens ausdrücklich im Koalitionsvertrag und ist dort ausdrücklich als Thema benannt.

(Sebastian Lechner [CDU]: Sie sagen nicht, was Sie machen wollen, um das anzugehen!)

Wenn Sie immer die vermeintlichen Lücken dort identifizieren wollen, empfehle ich Ihnen auch hier: Lesen Sie es nach! Genau diesen Vorteil, dieses Alleinstellungsmerkmal von Niedersachsen, beschreiben wir.

(Sebastian Lechner [CDU]: Ja, genau, Sie beschreiben den! Aber nicht mehr!  
- Weitere Zurufe von der CDU: Das ist das Einzige, was Sie machen! - Beschreiben können Sie gut!)

Dieser Vorteil ist auch unsere Stärke, auf der wir aufbauen wollen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zwischen Ems und Elbe ist jeder vierte Industriearbeitsplatz direkt oder indirekt von der Automobilproduktion abhängig. Das sind mindestens 340 000 Arbeitsplätze. Hier wird es durch den Strukturwandel in Niedersachsen bis 2035 deutliche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt geben. Das gilt für VW, für Continental und für zahlreiche kleinere Zulieferbetriebe in Niedersachsen. Wir möchten, dass alle diese Veränderungen gut bewältigen können, dass sie weiterhin erfolgreich sind und dass sie möglichst viele Arbeitsplätze erhalten sowie neue schaffen.

Herr Lechner, Sie können sich das - als Einschub - auch beim Thema VW-Aufsichtsrat klarmachen. Der Anteilseigner Land kennt seine Verpflichtung gut. Da muss sich keiner Sorgen machen. Wir haben auch keine Sorge, dass die Vertreterinnen und Vertreter des Landes im Aufsichtsrat von VW diese Kenntnis haben und sie gut einsetzen werden. Sie haben unser Vertrauen, dass das auch gut läuft.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In diesem Kontext ist auch wichtig: Wir wollen daher auch die NBank durch Aufstocken des Eigenkapitals zu einer Investitionsbank umbauen. Mithilfe eines Transformationsfonds wollen wir unsere Wirtschaft auf dem Weg zu digitalen, zu klimaneutralen

Geschäftsmodellen und Prozessen aktiv unterstützen. Wir flankieren das Ganze mit einem „Masterplan Gute Arbeit“ und mit der Novellierung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der uns als SPD besonders wichtig ist: Es geht auch darum, die Abschaffung sachgrundloser Befristung von Arbeitsplätzen voranzubringen, meine Damen und Herren. Das ist seriöse Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden uns dabei auch ganz besonders um das Thema Ausbildung mit kümmern. Ganz deutlich sagen wir: Der Fachkräftemangel in Niedersachsen ist so nicht hinnehmbar. Den „Aktionsplan Ausbildung“ wollen wir erneut aufsetzen. Wir wollen Berufsorientierung gezielt stärken und den Weg, den Schulen dort gehen, weitergehen. Aber es ist bei Weitem nicht die alleinige Aufgabe der Schule. Duale und universitäre Ausbildung sind für uns gleichwertig.

Wir möchten möglichst viele praktische Einblicke ermöglichen. Wir haben ein richtig gutes Vorbild, nämlich „Schülerinnen und Schüler begleiten Abgeordnete“. Warum soll so etwas nicht auch mit Blick auf Praktika individuell ermöglicht werden? Je besser dieser praktische Einblick in Unternehmen ist, desto besser ist nachher das Matching, sodass Unternehmen und Auszubildende gut zueinanderpassen. Ich bitte Unternehmen, Wirtschaft und Handwerk, genau dabei auch mitzumachen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Volker Bajus [GRÜNE]: Sehr gut! - Carina Hermann [CDU]: Das hätten Sie als Kultusminister ja anschieben können!)

Meine Damen und Herren, in der Tat ist die Land- und Agrarwirtschaft Rückgrat für unseren Wohlstand. Dazu gehört für uns ausdrücklich die Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit und Leistung der Landwirtinnen und Landwirte. Ihnen im Dialog Unterstützung bei der notwendigen Transformation zuteilwerden zu lassen, ist die Kernaufgabe, die sich stellt. Dazu sind die Landwirte auch ausdrücklich bereit. Es gilt aber auch, ihnen Sicherheit bei Investitionen zu bieten und finanzielle Unterstützung zuteilwerden zu lassen.

Wir gehen den Weg, die Gemeinsamkeiten in diesem Prozess weiter voranzubringen. Gemeinsam - das ist das Entscheidende. Das Ignorieren von Veränderungsbedarfen hilft niemandem in diesem

Land, meine Damen und Herren. Deswegen ist das Kapitel, in dem wir genau beschreiben,

(Carina Hermann [CDU]: Beschreiben, beschreiben, beschreiben!)

gemeinsam mit Landwirten und Landwirten in diesem Transformationsprozess voranzugehen, genau das Richtige.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zu einem Thema kommen, das uns besonders wichtig ist: Kinder und Jugendliche, Kinderrechte, Bildung.

Wir möchten alles machen, was nur möglich ist, um Kinder und Jugendliche noch besser zu unterstützen. Kindern und Jugendlichen Teilhabemöglichkeiten einzuräumen, gerechte Chancen für ihr Leben zu gewährleisten, das hat für uns eine hohe Priorität.

Teilhabe ist dabei immer ein schwer zu greifender Begriff. Das liegt in der Natur der Sache. Aber wir verstehen darunter, Kinder und Jugendliche so stark zu machen, dass sie ihr zukünftiges Leben selber gestalten können, selber bestimmen können. Sie selber sollen entscheiden, wie sie leben, wo sie leben. Nicht andere entscheiden über sie, sondern sie können es selber machen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und ja, die Pandemie hat uns dabei ganz besonders herausgefordert. Geschlossene Schulen und geschlossene Kitas sind nichts, was wir wieder sehen möchten. Heute stehen wir an einer ganz anderen Stelle als zu Beginn der Pandemie, und für uns ist klar: Bildungseinrichtungen müssen geöffnet bleiben. Offene Kitas und offene Schulen sind für unsere Kinder existenziell.

Wir möchten das Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“ verlängern.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Sehr gut!)

Viele gute Anreize wurden dadurch gesetzt. Das Programm ist ein großer Erfolg, und es beherzigt einen ganz wichtigen Gedanken: Schulen Freiheiten zu gewähren, Vertrauen in die gute Arbeit vor Ort zu haben. Schulen dürfen, ja sie müssen sogar die Chance haben, eigene Schwerpunkte zu entwickeln. Das ist gut. Das ist auch in der Qualität gut. Es muss nicht an jeder Schule, an jeder Stelle genau das Gleiche gemacht werden. Unterschiedlich-

keit zu fördern, auch durch das Programm „Startklar“, ist ein guter und richtiger Weg, den es weiter zu gehen gilt.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber es gilt auch, mehr zu machen. Wir müssen aus der Pandemie die Konsequenz ziehen, Kindern und Jugendlichen mehr echte Mitbestimmung zu ermöglichen. Ich war überrascht, als ich gesehen habe, dass das breit gefordert wird, für die CDU aber sofort klar war: Wählen ab 16 geht nicht. Das ist ein Widerspruch! Warum wollen wir ihnen das nicht das zutrauen, meine Damen und Herren? Ermöglichen wir das doch!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Es gibt keine klare Mehrheit für diese Forderung!)

- Wissen Sie, wir haben im Kontext der Pandemie immer wieder geschrieben: Wie geht es Kindern und Jugendlichen? Werden sie gehört? Wir müssen ihnen mehr Mitbestimmung ermöglichen.

(Ulf Thiele [CDU]: Autosuggestion!)

Ich sage Ihnen: Das können wir machen. Aber dann muss es auch echte Mitbestimmung sein, und das bedeutet: nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden. Daran werden wir die Instrumente messen.

Das kann übrigens schon bei den ganz Kleinen anfangen.

(Volker Bajus [GRÜNE]: In der Kita!)

Jedem, der mir erzählt, dass Schülerinnen und Schüler in der Grundschule ihre Interessen nicht vertreten könnten, empfehle ich: Gehe Sie einmal dahin und hören Sie sich das an! Die können sehr pointiert, sehr klar und sehr präzise ihre Interessen benennen. Und wir haben auch das Vertrauen darin.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sehen mit Sorge, dass die Armutsgefährdung unter den Minderjährigen auch in Niedersachsen wieder eine steigende Tendenz hat. Wir dürfen Kinderarmut niemals akzeptieren. Diesen Punkt müssen wir immer wieder aktiv angehen. Um zukünftige Generationen vor Armut zu schützen, ist vor allem die Bekämpfung von Kinderarmut ein wichtiges Anliegen. Für uns ist damit die Einführung einer Kindergrundsicherung der richtige Weg. Für uns ist

klar: Wir werden uns auf Bundesebene mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die Kindergrundsicherung kommt. Sie ist richtig, um Kinderarmut wirksam zu begegnen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In diesen Kontext gehört auch das Thema digitale Lernmittelfreiheit. Meine Damen und Herren, Teilhabe an Bildung darf nie von Gebühren oder Kosten abhängen. Deswegen gehen wir in Niedersachsen seit vielen Wahlperioden konsequent diesen Weg: Abschaffung der Studiengebühren; Abschaffung von Schulgeld, wo es das gibt; Schaffung der Möglichkeit, kostenlos die Kita zu besuchen. Dazu gehört auch die kostenlose Ausstattung mit digitalen Lernmitteln.

Herr Lechner, die digitale Lernmittelfreiheit betrifft mehr als die reine Technik. Die digitale Lernmittelfreiheit ist die Verknüpfung von Technik mit entsprechenden inhaltlichen Angeboten. Sie ist der konsequente nächste Schritt auf diesem Weg, den wir in Niedersachsen gehen müssen. Denn Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sebastian Lechner [CDU]: Das haben wir auch nicht kritisiert!)

Selbstverständlich wird der Fachkräftebedarf uns auch im Bildungsbereich weiter herausfordern, und zwar mit Macht. Das kann und will keiner kleinreden. Es wird aber nicht nur um die Frage gehen: Wie können wir weiterhin mehr Fachkräfte in Kita und Schule einstellen? Wir müssen uns auch fragen - da enthält der Koalitionsvertrag die richtigen Ansätze -: Wie können wir Kita und Schule neu denken? Was soll Aufgabe von Kita und Schule sein?

In solchen Debatten wird immer wieder der kapitale Fehler gemacht, die Antwort auf die Frage, wie das Bildungssystem in der Zukunft aufzustellen ist, in den eigenen Erfahrungen zu suchen, die man selber einmal in der Schule gemacht hat.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Das ist ein Blick in die Vergangenheit. Diesem Fehler dürfen wir nicht anhängen. Wir müssen bei dieser Frage vielmehr den Blick nach vorne wagen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Volker Bajus [GRÜNE]: Das fällt den Konservativen

manchmal schwer! - Gegenruf von Sebastian Lechner [CDU]: Wieso? Ich bin dabei! Er hat recht!)

Dazu gehört das klare Bekenntnis zur Besoldung nach A 13 für alle Lehrkräfte und nach A 10 für die Fachpraxislehrkräfte. Dazu gehören das Bekenntnis zu mehr Schulsozialarbeit, das Bekenntnis zu mehr Multiprofessionalität und übrigens auch das Bekenntnis dazu, den Weg der Zukunftsschulen weiter zu gehen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diesen Weg werden wir gehen und damit Baustein für Baustein eine Antwort auf den Fachkräftebedarf liefern.

Herr Lechner, Sie haben sich dem Thema Polizei gewidmet. Das will auch ich gerne tun.

Ein zentrales Versprechen des Staates muss sein, die Sicherheit, die körperliche Unversehrtheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Niedersachsen ist ein sicheres Land. Es verfügt über eine hervorragend ausgebildete Polizei, die professionell, kompetent, bürgernah agiert und erforderlichenfalls auch konsequent einschreitet. Mit über 64 % liegt die Aufklärungsquote in Niedersachsen über 5 Prozentpunkte über dem Wert im Bund von 58,7 %.

Ich bin dem alten und neuen Innenminister Boris Pistorius sehr dankbar, dass die erfolgte Einstellung von deutlich mehr Personal für die Polizei, als durch reinen Personalersatz ausscheidender Beamtinnen und Beamten nötig wäre, strategische Organisationsanpassungen ermöglicht hat. Durch diese wird gewährleistet, dass sich die Polizei zukünftig noch besser und flexibler auf neue und digitale Formen der Begehung auch schwerer Kriminalität einstellen kann. Zudem er hat für eine personelle Stärkung der Fachdienststellen zur Bekämpfung von Kinderpornografie gesorgt.

Wir bleiben dabei aber nicht stehen. Wir wollen weiterhin verstärkt dabei bleiben, noch mehr Fachkräfte für den Polizeidienst zu begeistern. Neben der Schaffung zusätzlicher Stellen wollen wir die bisherige Besoldungstabelle überprüfen und auch die Polizeizulage angemessen erhöhen.

Herr Lechner, Sie haben zu der Frage gesprochen, ob wir eine Misstrauenskultur haben.

(Ulf Thiele [CDU]: Ja, erkennbar!)

Ich will Ihnen einen Satz aus dem Koalitionsvertrag vorlesen:

(Sebastian Lechner [CDU]: Nur weil Sie den Satz reinschreiben, wird es nicht besser!)

„Wir stehen für eine gesunde Fehlerkultur, um die Polizei ... in dieser Hinsicht insgesamt zu stärken. Wir werden die Stelle einer/eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag einrichten.“

Meine Damen und Herren, dieser Satz stammt aus dem Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen unter Hendrik Wüst, CDU.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU] - zu den GRÜNEN -: Dann wissen wir ja, dass er von euch kommt! - Sebastian Lechner [CDU]: Relativ klar, wer der Urheber ist!)

Ich bin, ehrlich gesagt, verwundert, dass das, was in NRW gut sein soll, bei uns auf einmal schlecht sein soll. Wir glauben daran nicht.

(Ulf Thiele [CDU]: Der Unterschied ist: Die haben Herbert Reull!)

- Herr Thiele, da muss Ihnen als Zwischenrufer etwas Besseres als das einfallen. Es tut mir sehr leid.

(Ulrich Watermann [SPD]: Aber da kommt nichts! Dem kann nicht mehr einfallen!)

Unsere Polizei ist Garant für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir sind eines der sichersten Bundesländer - das bleibt so -, und wir sind auch davon überzeugt, dass unsere Polizei sich dieser Frage mit Selbstbewusstsein stellen kann, weil ganz hervorragende Programme aufgelegt worden sind, um auch hier Demokratie zu stärken.

Und zur Frage der Kennzeichnungspflicht sage ich Ihnen: Wir haben uns einmal die Länder herausgesucht, die diese Transparenz anbieten - es sind Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen -, und nirgendwo ist die Welt untergegangen.

(Christian Calderone [CDU]: In Berlin ist die Welt schon untergegangen!)

Also vielleicht können wir uns auch da auf ein vernünftigeres Maß einigen, dass hier niemand diese Transparenz fürchten muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir streben ferner die verstärkte Aus- und Fortbildung bei der Bekämpfung rechtsextremer, demokratiefeindlicher Bestrebungen an. Wir werden alles dafür tun, gegen antisemitische Bestrebungen und Verfassungsfeinde vorzugehen. Der Schutz jüdischer Einrichtungen hat für uns hohe Priorität, und wir werden weiterhin die konsequente Entwaffnung von Reichsbürgern und Verfassungsfeinden forcieren, von denen immer mehr eine reale Gefahr ausgeht. Demokratiefeinden werden wir mit aller Macht begegnen in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Gleichzeitig ist Niedersachsen aber auch ein Land, das Menschen in Not hilft und ihnen Sicherheit ermöglicht. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine führt auch bei uns dazu, dass viele Menschen zu uns kommen auf der Suche nach Hilfe, nach Unterkunft, Unversehrtheit und ein bisschen Ruhe. Ich habe mit Schülerinnen und Schülern in den Schulen gesprochen. Sie waren dankbar dafür, dass sie hier sein können, dass sie schnell in die Schule konnten, dass sie ein bisschen mehr Ruhe und ein bisschen Abstand hatten. Und an einer Stelle im Gespräch kam dann immer dieser eine Satz, der einem das Blut in den Adern gefrieren lässt. Er lautete: Aber Papa ist im Krieg.

Ich finde, dass dieser Satz so unfassbar viel von unseren Problemen relativiert, und deswegen habe ich auch große Probleme damit, wenn wir, wenn Ukrainerinnen und Ukrainer, die bei uns sind, zurück in die Ukraine gehen - das ist nämlich die einzige Chance, dann auch den Vater und den Ehemann zu sehen -, in diesem Kontext leichtfertig mit dem Begriff „Sozialtourismus“ umgehen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Volker Bajus [GRÜNE]: Unmöglich!)

Wir werden große Anstrengungen unternehmen, um die schnellstmögliche dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen zu gewährleisten. Es ist ein Riesenkraftakt für alle. Die Unterkünfte müssen weiterhin zwingend Mindeststandards aufweisen, die ein menschliches Zusammenleben in unserer

Gesellschaft ermöglichen. Daneben gehört übrigens auch der Ausbau von Asylberatung zwingend dazu.

Wenn wir uns mit all diesen Herausforderungen konfrontiert sehen und uns die Frage stellen, warum wir das machen, dann ist die Antwort für mich eine ganz einfache: Ich möchte mir morgens im Spiegel in die Augen gucken können. Und deswegen gilt es, die Hilfe an dieser Stelle auch zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich an dieser Stelle mit dem Querschnittsthema Demokratieförderung schließen. Ich glaube, dass wir gut daran tun, das durch alle Ressorts stark zu stellen. Die Themen Hate Speech, Radikalisierung und auch die Frage, wie wir eigentlich im politischen Diskurs miteinander umgehen möchten, müssen uns immer wieder beschäftigen, ebenso wie die Frage, wie wir trennen zwischen einer harten sachlichen Debatte - auch einem Streit in der Debatte - und Populismus sowie unerträglichen persönlichen Angriffen, wo die Grenze hier überschritten wird.

Von daher bin ich sehr dankbar, dass wir das in vielen verschiedenen Kapiteln - im Kulturbereich, im Innenbereich, im Justizbereich, im Sozialbereich - sehen. Wir müssen uns klarmachen: Unsere Demokratie, in der wir hier leben können, ist ein riesengroßes Geschenk. Das ist aber kein Automatismus, sondern es ist auch unsere Aufgabe, diese Demokratie jeden einzelnen Tag gegen Angriffe von außen zu verteidigen und dann auch die Debatte klar in der Sache zu führen.

Lassen Sie mich ein Zitat des Herrn Alterspräsidenten von gestern aufgreifen. Er hat Klaus-Peter Bruns zitiert mit den Worten:

„Die Herrschenden finden immer wieder Gründe, Menschen, die doch leben wollen, in den Krieg und ins Verderben zu führen.“

Und dann schloss er an:

„Ich frage hier in diesem Parlament besorgt: Dürfen wir uns darauf verlassen, dass dies heute nicht mehr möglich ist?“

Wenn damit gemeint ist, dass der russische Präsident durch Agitation, durch Manipulation,

(Wiard Siebels [SPD]: Durch Propaganda!)

durch Propaganda seine Mitbürgerinnen und Mitbürger in einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in

die Ukraine schickt, dann bin ich bei Ihnen. Dann hätten Sie es aber auch sagen können.

(Zuruf von Dr. Jozef Rakicky [AfD])

Wenn die Frage sich auf dieses Parlament bezieht, dann beantworte ich sie Ihnen mit Ja. Denn hier sitzen drei Fraktionen, die alles dafür tun werden, um unsere Demokratie zu stärken und zu erhalten, um genau dem, was in Russland passiert, entgegenzuwirken, damit es hier bei uns nicht stattfinden kann. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wir werden Rassismus und Ausgrenzung mit aller Kraft bekämpfen. Für uns ist das Ziel der mündige Bürger. Kritisch denkende Bürgerinnen und Bürger sind das Beste, was uns passieren kann, um unsere Demokratie stark zu stellen.

(Zuruf von Delia Klages [AfD])

Meine Damen und Herren, wir haben in den nächsten fünf Jahren jede Menge Arbeit vor uns. Wir werden uns miteinander in der Sache streiten - das ist auch gut so - und um die besten Lösungen ringen. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir die Antworten, die wir brauchen, um dieses Land in den nächsten Jahren gestalten zu können, in unserem Koalitionsvertrag gut beschrieben haben, und daran werden wir uns dann auch messen lassen.

Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank, Herr Tonne. - Für die AfD-Fraktion bitte ich jetzt Herrn Marzischewski-Drewes nach vorne.

(Beifall bei der AfD)

**Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer und Vertreter der Presse! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil, bei der öffentlichen Präsentation Ihres Regierungsprogramms im Fernsehen sprachen Sie von einer ausgestreckten Hand, die Sie jedem reichen wollen. Ich, wir, die AfD-Fraktion, nehmen diese Hand an. Ich, wir, die AfD-Fraktion, nehmen die Hand eines jeden hier an, der mit uns sprechen will.

(Beifall bei der AfD)

Wir stehen für sachorientierte Politik zum Wohle der Menschen. Wir sprechen mit jedem. Wir grenzen niemanden aus. Wir sind uns des Datums des 9. Novembers bewusst.

Sie reden immer von „nicht ausgrenzen“. Wir praktizieren es, wir handeln danach, wir machen Politik danach, wir sprechen mit jedem. Meine Tür steht für jeden offen.

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, ganz zu Recht erwähnten Sie gestern, dass wir alle hier - die Regierung und das gesamte Parlament, also wir alle - aufgefordert sind, zum Wohle unseres Landes zu handeln und gemeinsam nach den besten Lösungen zu suchen. Der Landtag ist nach Artikel 7 unserer Verfassung die gewählte Vertretung des Volkes. Die AfD als Partei der Mitte und Vernunft aus der Mitte unserer Gesellschaft

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

wird sich besonnen und verantwortungsvoll genau dieser Aufgabe widmen.

Und, Herr Ministerpräsident Weil, wir nehmen Ihre Worte und auch die unserer Landtagspräsidentin Frau Naber, in Demut dieses Parlament für die nächsten fünf Jahre wieder zu einem Haus des Volkes für das Volk zu machen, auf.

(Wiard Siebels [SPD]: Das war es vorher auch schon!)

Wir alle, die Mitglieder des Landtages, vertreten das ganze Volk, siehe Artikel 12 unserer Verfassung.

Sie, Herr Lechner, haben in Ihrer Rede leider nichts von Demut spüren lassen. Ich habe hier heute, an diesem Tag die Worte vermisst, mit denen Sie auf den fünften Landtagsvizepräsidenten verzichten. Das wäre Demut.

(Beifall bei der AfD)

Eine Teilzeitstelle zu schaffen, nur um die CDU-Fraktion zu befriedigen, zeigt Ihre Doppelzüngigkeit. Doppelzüngigkeit, das kennen wir von der CDU. Herr Tonne, ich danke für Ihre Ausführungen, in denen Sie den Koalitionsvertrag der CDU in NRW erwähnt haben. Das ist heute nur noch grüne Politik. Die CDU ist nur noch eine Fata Morgana einer konservativen Partei.

(Beifall der AfD - Lachen und Widerspruch bei der CDU)

Liebe CDU-Mitglieder, hier im Parlament oder draußen im Land, wenn Sie wirklich für Heimat, für Familie, für Werte eintreten, treten Sie aus der CDU aus, treten Sie der AfD bei, der einzigen konservativen Partei!

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der CDU - Volker Bajus [GRÜNE]: Das ist doch Satire!)

Sie lachen, weil Sie selbst keine Werte mehr haben. Als Partei der Freiheit und des Rechtsstaates achten wir, die AfD, unsere Verfassung. Ohne Wenn und Aber werden wir hier im Parlament standhaft die Bürgerrechte vertreten und für alle Teile unseres Volkes - so wie es in unserer Verfassung steht - Sachwalter dieser unserer gemeinsamen Verfassung sein.

(Jörn Schepelmann [CDU]: Das ist doch Satire, was Sie hier machen! „Extra 3“ muss nur draufhalten! - Sebastian Lechner [CDU]: Das ist wie „Versteckte Kamera“!)

Wir, die AfD, stärken die Demokratie und sind auch der Garant einer wehrhaften Demokratie, wie viele von uns jeden Montag beim Spaziergang auf der Straße beweisen.

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Na klasse! - Carina Hermann [CDU]: Sie gefährden die Demokratie!)

Wir sprechen mit den Menschen vor Ort. Ich habe Ihre Vertreter dort noch nie gesehen. Ich kann sagen, was Ihre Vertreter tun: Sie gucken sich gut behütet in gut beheizten Räumen des Rathauses an, wie die Menschen draußen für ihre Rechte auf die Straße gehen.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Das ist eine richtige Unverschämtheit! - Ulrich Watermann [SPD]: Sie gehen mit Rechtsradikalen spazieren!)

So sieht Ihre Politik aus.

(Beifall bei der AfD)

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg musste Ihrer vorangegangenen Landesregierung, Herr Weil, mehrfach bei Einschränkungen der Grundrechte die Schranken aufzeigen. Sie sprachen gestern davon, dass Sie aktuell keine weiteren Maßnahmen und Einschränkungen planen. Jeder, der von uns per Zug einen Verwandten in einem Altenheim besucht, kennt die nach wie vor unsinnigen und nur in Deutschland existierenden Zwangsmaßnahmen.

Zehntausende Bewohner von Altenheimen werden immer noch mit Zwangsschutzmaßnahmen gegen ihren Willen drangsaliert. Ein unerträglicher Zustand!

(Beifall bei der AfD)

Herr Weil, ich fordere Sie hier und jetzt auf: Beenden Sie endlich diese Zwangsmaßnahmen und den Einschnitt in die Freiheit! Erklären Sie es jetzt, hier und heute! Es wäre so einfach und würde nichts kosten.

(Beifall bei der AfD)

Der Generation, die unseren Wohlstand aufgebaut hat, wieder ein würdevolles Dasein am Ende ihres verdienstvollen Lebens zu ermöglichen, wäre Ihre Aufgabe. Jedes weitere Zuwarten ist unerträglich für uns.

Die Freiheit und der Rechtsstaat sind für uns als AfD nicht verhandelbar. Unsere Landtagspräsidentin sprach gestern zu Recht davon, dass Zorn und Wut zu keinen Lösungen führen. Vielleicht nimmt sich die neue Landesregierung dieses zu Herzen und sorgt für eine Amnestie und Straferlass für die Tausenden von Bürgern, die sich immer noch vor Gericht gegen die unsinnigen Corona-Zwangsmaßnahmen wehren müssen. Es wäre ein Zeichen der ausgestreckten Hand und würde die Menschen mit den Regierenden versöhnen und nebenbei die Justiz entlasten und viel Geld sparen. Es wäre das Zeichen der Entschuldigung an unser Volk in Niedersachsen.

Unter der letzten Regierung - auch die CDU war mit dabei - waren insbesondere die Jugendlichen die Leidtragenden - nein, man muss sogar sagen „Opfer“ - vieler Ihrer unsinnigen Maßnahmen. Auch hier wären Demut und ein Wort der Entschuldigung angesagt gewesen. Aber dafür war in fünf Tagen Koalitionsverhandlungen vermutlich keine Zeit. Auch gestern kam dazu kein einziges Wort der Entschuldigung. Schade, Sie haben diese Chance verstreichen lassen.

Herr Weil, in Ihrer gestrigen Regierungserklärung haben Sie viele wichtige Dinge und Themen angesprochen. Konkrete Lösungen auf die drängendsten Probleme unserer Zeit konnte man leider nicht vernehmen. Wir hörten Worthülsen wie „Mobilitätsgarantie“ oder „Transformationsfonds“, vermutlich ein Ort eines milliardenschweren Schattenhaushalts, in dem zulasten unserer Kinder, der uns nachfolgende Generation, Schulden angehäuft werden.

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen gestern auch davon, Ursache und Wirkung nicht zu verwechseln. Ja, ich nehme diese Worte auf. Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, wer hat unser Volk die letzten zehn Jahre regiert? - Genau, das waren Sie und Ihre SPD. Sie sind die Ursache für die schlechteste Lehrerversorgung an unseren Schulen seit über 17 Jahren.

(Beifall bei der AfD)

Dass der letzte Kultusminister jetzt zum Fraktionsvorsitzenden befördert wird, scheint wahrscheinlich der Ausfluss dieser guten Schulpolitik zu sein. Aber wie sieht es mit unserer Schulpolitik aus? - Ein Blick von außen spricht da Bände. Die ukrainische Konsulin warnte davor, ukrainische Kinder hier bei uns zu beschulen, weil unser Schulsystem so schlecht ist.

(Beifall bei der AfD - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das können Sie mit ihr ja noch einmal besprechen!)

Sie, Herr Ministerpräsident Weil, haben darauf natürlich entsprechend reagiert. Das ist uns klar. Ihre neue Bildungsministerin hat kein abgeschlossenes Studium.

(Beifall bei der AfD)

Ob das die richtige Lösung ist, die Probleme an unseren Schulen zu bewältigen? Ich glaube, jeder kennt die Antwort, wenn er um sich schaut. Regenbogenideologie in Schulen führt eben nicht zu qualifizierten Schulabgängern, die unser Handwerk so dringend braucht, sondern sorgt für einen weiteren Niedergang unseres Bildungssystems, so wie es in allen Bundesländern ist, in denen Grüne in Verantwortung sind. Aber - das darf man der SPD sagen - Grüne sind immer ehrlich. Sie wissen mit unserem Land nichts anzufangen. Das geben sie offen zu. Zu dieser Politik der grünen Deindustrialisierung und Identitätszerstörung gibt es eine Alternative hier im Landtag zum Wohle des Volkes in Niedersachsen.

Herr Ministerpräsident, die Lösungen auf die von Ihnen zahlreich aufgezählten Probleme wären dabei so einfach. Nehmen Sie sich Ihre eigenen Worte zu Herzen! Ergreifen Sie die ausgestreckte Hand, die Ihnen die AfD reicht! Wagen Sie mehr Demokratie! Machen Sie diesen Ort wieder zu einem Ort des Volkes, und viele Dinge wären sofort zu lösen und umzusetzen.

Für die Menschen hier in unserem Lande und damit es uns besser geht: zehn ganz konkrete Punkte, die sofort umsetzbar wären.

Erstens. Die Bestandssicherung der Förderschule Lernen ist mit uns im Parlament sofort zu verabschieden.

Zweitens. Vom Land dauerhaft bezahlte IT-Administratoren an jeder Schule. Denn iPads - darüber wurde hier schon mehrfach gesprochen - wollen gewartet, gepflegt und betreut werden.

Drittens. Herr Tonne, ich bin Ihnen dafür dankbar, dass Sie es bereits erwähnt haben. Das Sprachförderungsprogramm des Bundes an Kitas, das zum 31. Dezember ausläuft, ist mit Landesmitteln weiterführen. Ich und Tausende von betroffenen Eltern, Kindern und Erziehern warten darauf. Wir sind gespannt wie Sie dieses konkret in dem Nachtragshaushalt umsetzen. Sie werden dafür unsere Unterstützung haben.

Viertens. Keine umständlichen Förderanträge für Kommunen, die nach feudaler Gutsherrenart Abhängigkeiten schaffen, sondern Stärkung jeder Kommune durch Erhöhung der Schlüsselzuweisungen an diese. Mitte November werden diese Schlüsselzuweisungen letztlich von der Landesregierung beschlossen. Dort können Sie sofort helfen und aktiv werden - sofort! Wenn Sie die Kommunen stärken, stärken Sie die Demokratie. Vertrauen Sie Ihren kommunalen Mandatsträgern, indem Sie ihnen mehr Geld geben! Lassen Sie die Kommunen nicht länger finanziell ausbluten!

Der Ansatz Ihrer alten Regierung dazu war, den Kommunen mehr Schulden zu erlauben und dass Schulden, die im Rahmen der Versorgung der ukrainischen Flüchtlinge, aber auch aufgrund der falschen Flüchtlingspolitik gemacht werden, nicht angerechnet werden, wenn es um die Frage eines ausgeglichenen Haushalts geht. Das ist wieder Politik zulasten der Kommunen: Diese müssen sich verschulden, und Sie können hier einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Richtiger wäre es: Das Land spart und gibt den Kommunen mehr Geld.

Fünftens. Entlasten Sie die Kommunen durch zentrale Rückführungszentren für Asylbewerber, die voraussichtlich keinen Erfolg mit ihrem Antrag haben, damit die Turnhallen wieder unseren Kindern und ihrer eigentlichen Bestimmung dienen. Beenden Sie endlich die Anreizsysteme, die unsere Gesellschaft spalten und zum finanziellen Kollaps der Gemeinde führen.

Sechstens. Ja, Herr Weil, Sie haben ein ganz wichtiges Problem angesprochen, wozu die CDU bezeichnenderweise nichts gesagt hat: den demografischen Wandel. Dass sich Familien in unserem Land gegen Kinder aussprechen, zeigt, wie verheerend Ihre Familienpolitik der letzten Jahre war und ist. Ja, auch Sie von der CDU können sich angesprochen fühlen. Zehn Jahre Regierung unter Ihrer Ägide haben dazu beigetragen. Ein Volk, was sich gegen Kinder und sich damit gegen seine eigene Zukunft ausspricht, ist ein alarmierender Hilferuf. Beenden wir die unsere existenzzerstörenden Gesellschaftsexperimente, die Rot-Grün, aber auch die CDU mit „Transformation“ so schön verklausulieren.

Wir alle hier haben einen Vater und eine Mutter, sonst wären wir heute nicht hier. Gestehen Sie sich endlich diese Naturgegebenheit ein. Unsere Eltern sind nicht Elternteil 1 und Elternteil 2.

(Beifall bei der AfD)

Geben Sie den Menschen ihre Würde und Identität zurück. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass Niedersachsen zum geburtenstärksten Bundesland in Deutschland wird. Schaffen wir die Grunderwerbsteuer für Familien beim Ersterwerb einer Immobilie ab, ergänzt mit einer Kinderkomponente. Machen wir alle Niedersachsen kinderfreundlich. Das ist generationenübergreifende, parteiübergreifende Zukunftspolitik. Wir sind dazu bereit.

Siebtens. Bezahlbare und sichere Energie. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil, bereits vor dem 24. Februar war Ihre Energiepolitik gescheitert. Wir hatten bereits damals die teuersten Strompreise in Europa und eine Verdoppelung der Gaspreise. „Energiesicherheit und bezahlbare Energie für alle“ geht nur mit einer diversifizierten Energiepolitik, die Abhängigkeiten minimiert. Dazu gehört heute jetzt auch ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Bei uns, der AfD, gibt es dafür die Bereitschaft, eine entsprechende Bundesratsinitiative sofort auf den Weg zu bringen. Sie müssen dafür nur unsere ausgestreckte Hand ergreifen.

LNG-Terminals, die mit Chlor die Nordsee verschmutzen, dienen Lobbyinteressen, aber nicht unserem Land. Sie haben doch gestern einen Amtseid geschworen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Sehr verehrter Herr Ministerpräsident Weil, bitte halten Sie sich an diesen Eid. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Achtens. Gestern sprachen Sie zu Recht von einer zunehmenden Entfremdung der Menschen von der Politik und den Regierenden. Das stimmt. Bürokratie, die nur noch dem Selbstzweck dient und immer mehr Bürokratie gebiert, ist nicht nützlich, gefährdet den Wohlstand und zerstört unsere Demokratie. Warum ist unter Ihrer zehnjährigen Ministerpräsidentenschaft nichts unternommen worden? Mit der AfD ist dies sofort umzusetzen. Setzen Sie Verordnungen und Gesetze der Überreglementierung sofort aus. Leiterbeauftragte und Gendersprache braucht niemand. Mit uns haben Sie da einen verlässlichen Partner an Ihrer Seite.

Neuntens. Niedersachsen ist ein Agrarland. Unsere Landwirte produzieren mit höchster Qualität und unter immensen Auflagen unsere Lebensmittel - ganz vielen Dank dafür! Sie werden von Billigimporten aus Ländern, die diese Auflagen nicht haben, bedroht. Also sind wir hier pragmatisch, senken wir einen Teil der überbordenden Auflagen, sorgen wir dafür, dass die Nahrungsmittel, die wir importieren, auch unter besseren Qualitätsstandards produziert werden müssen, damit unsere Landwirte hier wirtschaftlich überleben können.

Auch hier ein Wort an die CDU: Es ist unerträglich. In der EU machen Sie Lobbypolitik gegen unsere Landwirte vor Ort, und hier sprechen Sie sich als Fürsprecher aus. Das ist Doppelzüngigkeit,

(Beifall bei der AfD)

passt aber dazu, dass Sie eine Politik ohne Haltung machen.

Gestern war der Protest der Weidetierhalter. Ich habe dort niemanden von Ihnen gesehen.

(Zuruf von der CDU: Was? Sie kamen anderthalb Stunden zu spät!)

Schützen wir unsere Weidetiere endlich vor dem Wolf und führen eine klare, praktikable Reglementierung des Wolfbestandes in Niedersachsen ein. Sie waren fünf Jahre in der Regierungsverantwortung, Sie haben nichts gemacht.

(Zuruf von der CDU: Fake News!)

Kein längeres Abwarten, sondern handeln wir gemeinsam und sofort.

Zehntens. Über allem steht natürlich die Klimakrise. Ein wissenschaftlich nicht belegter Begriff „Klimakrise“ ist ein Framingbegriff, ein politischer Kampfbegriff der

(Volker Bajus [GRÜNE]: Oh je!)

rot-grünen Deindustrialisierungsideologen zur Transformation unseres Landes.

(Beifall bei der AfD)

Dass Sie, liebe CDU, genau diesen Begriff aufnehmen, zeigt einmal mehr, wie entkernt Sie sind.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Das Eis ist aber sehr dünn!)

Die Grünen träumen davon, unser Land zu transformieren, ohne individuelle Mobilität, ohne dass Autos produziert werden. Sie träumen davon, Lastenräder mit VW-Logos zu produzieren.

(Heiterkeit bei der AfD)

Vermutlich wird Ihr Aufsichtsratsmitglied demnächst dort Diversity Manager installieren.

Das alles schafft keinen Wohlstand, Regenbogenideologie ersetzt eben keine physikalischen und ökonomischen Gesetze. Das Festkleben einer entbildeten Generation auf Straßen führt zu Not und Elend, aber eben nicht zu Wohlstand. Noch mehr Flatterstrom und eine Verspargelung unserer Heimat wird nachweislich Tausenden Vögeln und Millionen Insekten den Tod bringen, aber eben keine grundlastfähige Energieversorgung. Sorgen Sie dafür, dass wir sicheren und dauerhaften Strom haben. Beenden wir diesen Irrweg Ihrer Politik umgehend, oder es werden nicht wie bereits jetzt die Straßenlaternen in vielen Kommunen abgeschaltet, sondern die Lichter unseres Mittelstandes, das Herzstück unseres Wohlstandes ausgeknipst.

Wir, die AfD, möchten, dass es eben nicht dazu kommt. Wir wollen, dass es allen Menschen hier gut geht. Allen! Dazu reichen wir Ihnen, Herr Ministerpräsident, aber auch jedem Abgeordneten hier die Hand. Meine Tür steht immer für ein Gespräch offen. Zu einer Wende zum Guten braucht es die Politik der blauen Vernunft für Wohlstand und Sicherheit für alle hier in diesem Land.

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank. - Ich bitte nun Anne-Friederike Kura für Bündnis 90/Die Grünen nach vorne ans Rednerinnenpult.

**Anne Kura** (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich dem wiedergewählten Ministerpräsidenten Stephan Weil im Namen der Grünen-Landtagsfraktion noch einmal ganz herzlich gratulieren - und auch der neuen stellvertretenden Ministerpräsidentin Julia Willie Hamburg sowie der gesamten Landesregierung. Danke für die Bereitschaft, in diesen schwierigen Zeiten Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte mich auch ausdrücklich bei den ausgeschiedenen Mitgliedern der letzten Landesregierung und des Landtags für ihren Einsatz für Niedersachsen bedanken.

(Zustimmung von Sebastian Lechner [CDU])

Der Ministerpräsident hat es gestern in seiner Regierungserklärung auf den Punkt gebracht. Die rot-grüne Koalition beginnt ihre Arbeit in Zeiten großer Herausforderungen und Veränderungen. Diese betreffen die Menschen in ihrem Alltag massiv. Für viele Menschen und Unternehmen sind die steigenden Preise ein Riesenproblem, und das nach mehr als zwei Jahren Pandemie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Krise stehen die Menschen in Niedersachsen zusammen. Das zeigt sich gerade bei der Aufnahme von Geflüchteten, insbesondere jetzt aus der Ukraine. Im Winter werden wohl noch mehr Menschen ihre Heimat verlassen müssen, um sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen. Wir in Niedersachsen sind bereit, zu helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb setzen wir alles daran, sie menschenwürdig aufzunehmen. Unsere Kommunen und viele Privatpersonen leisten Enormes bei der Unterbringung von Geflüchteten. Wir werden sie dabei noch besser unterstützen.

Putin und sein Regime greifen nicht nur die Ukraine an, sie wollen auch uns und unsere Demokratie destabilisieren, als Instrumente dienen ihnen Energie und Propaganda.

Es ist deutlich geworden, dass wir in vielen Fragen unterschiedlicher Auffassung sind, was das Beste für unser Land ist. Die Verantwortung dafür, dass Putins Plan nicht gelingt, tragen wir aber gemeinsam - auch Sie, liebe CDU. Wir Demokratinnen und

Demokraten in diesem Haus und im ganzen Land müssen zusammenstehen, und wir werden auch zusammenstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Deswegen, Herr Lechner, freue ich mich über Ihre Ankündigung einer konstruktiven Oppositionsarbeit. Ich freue mich wirklich darauf, das mit Ihnen zu machen - zum Wohle des Landes!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass uns die Inflation so hart trifft, liegt daran, dass wir uns zu sehr von fossilen Energien aus Russland abhängig gemacht haben, dass die Energiewende und insbesondere der Ausbau der Erneuerbaren verschleppt, ja sogar gedeckelt wurde. Das kommt uns jetzt im wahrsten Sinne des Wortes teuer zu stehen.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist das!)

Wir sind jetzt auf einem guten Weg, von russischen Energieimporten unabhängig zu werden. Es ist gut, dass jetzt - fast - alle aus den Irrtümern der Vergangenheit gelernt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Ich sage ganz ehrlich: Kurzfristig kommen wir um fossile Ersatz- und Übergangslösungen nicht herum. Aber wir werden nicht den Fehler machen und über das Ziel hinausschießen. Atomkraft und Fracking sind keine Antwort, hat der Ministerpräsident gestern gesagt. Gas, Öl oder Kohle nutzen wir nur so lange wie nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Die Antwort sind ganz klar die Erneuerbaren: Sie sind günstig und klimaneutral. Machen wir Niedersachsen zum Energiewendeland Nr. 1!

(Starker Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben schon viel über den Titel des Koalitionsvertrages gesprochen, und auch ich werde dies nun noch ein bisschen tun.

Wir wollen den Menschen in Niedersachsen Sicherheit geben, in dieser Krise, aber auch darüber hinaus. Die Menschen in Niedersachsen können sicher sein, dass die rot-grüne Koalition alles tut, um unsere Energieversorgung zu sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Carina Hermann [CDU]: Dann fangen Sie mal an!)

Sie können sicher sein, dass wir den Klimaschutz zu einer zentralen Aufgabe in allen Bereichen der Landespolitik machen. Sie können sich sicher sein, dass wir so Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Niedersachsen zukunftsfest machen. Sie können sich sicher sein, dass wir erhalten, was Niedersachsen ausmacht, was Niedersachsen lebenswert macht. Und Sie können auch sicher sein, dass wir diese Veränderungen sozial gerecht gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Gerade in der Krise gilt: Starke Schultern tragen mehr als schwache Schultern - und vor allem die Schwachen müssen wir stärken. Das werden wir bereits beim Sonderprogramm des Landes für die Energiekrise beherzigen. Rot-Grün wird das als erstes Projekt sehr schnell auf den Weg bringen, um besonders betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, kleinen und mittleren Unternehmen, sozialen Einrichtungen, Kultur- und Sportvereinen kurzfristig zu helfen. Wir Grünen haben einen solchen Landesrettungsschirm in der aktuellen Krise schon sehr früh gefordert. Die SPD hat es vor der Wahl ebenfalls versprochen. Jetzt setzen wir das mit Rot-Grün zügig und tatkräftig um.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir haben uns aber viel mehr vorgenommen als nur kurzfristiges Krisenmanagement. Der Ministerpräsident hat gestern unser ehrgeiziges Regierungsprogramm vorgestellt. Wir stehen vor großen Herausforderungen, und die Probleme dulden keinen Aufschub. Und es wird von uns allen Anstrengungen erfordern, denn eine Lösung zu finden, ist immer schwieriger als ein Problem zu finden.

Ganz oben auf der Agenda dieser Regierung - das ist deutlich geworden - steht der Klimaschutz. Gerade läuft die 27. UN-Klimakonferenz. Die erste Klimakonferenz, an die ich mich richtig erinnern kann - ich glaube, da war ich 13 Jahre alt -, war die COP3 in Kyoto. Die beiden jüngsten Abgeordneten waren da noch nicht geboren. Mit dem Kyoto-Protokoll haben sich die Staaten zum ersten Mal verbindliche Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen gegeben. Die Dringlichkeit dieser Krise fand ich damals, 1997, schon erschreckend. Seitdem ich Politik aktiv wahrnehme, gehört die Mahnung nach

mehr Klimaschutz dazu - und sie ist immer lauter geworden. Aber passiert ist viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erstmals macht eine Niedersächsische Landesregierung den Klimaschutz zu einer Aufgabe für alle Bereiche der Landespolitik. Das ist auch allerhöchste Zeit. Der Expertenrat der Bundesregierung hat Deutschland gerade vor wenigen Tagen ein schwaches Zeugnis ausgestellt: Die Klimaziele für 2030 werden wir kaum erreichen, jedenfalls nicht mit einem „Weiter so“. Aber wir hier in Niedersachsen werden unser Land wieder auf den 1,5-Grad-Pfad bringen und in klaren Schritten bis 2040 klimaneutral aufstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Damit die Energiewende gelingt, werden wir Genehmigungsverfahren vereinfachen, wir werden sie digitalisieren und beschleunigen. Auf alle neuen Dächer kommen schnellstmöglich Solaranlagen, und die Vorrangflächen für die Windenergie werden wir bis 2026 verdoppeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies ist ehrgeizig, aber das muss auch sein, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen. Und auch da, liebe CDU, sind Sie herzlich aufgefordert, diese Vorhaben zu unterstützen, indem Sie vor Ort in Ihren Wahlkreisen für mehr Flächen für Solar- und Windenergie werben. Machen Sie deutlich: Das lohnt sich vor Ort, und das lohnt sich auch für das ganze Land.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der AfD)

Gute Klimapolitik ist auch gute Wirtschaftspolitik: Sie ist die Voraussetzung für zukünftigen Wohlstand in Niedersachsen. Das unterstützen wir mit einem Transformationsfonds.

Und natürlich unterstützen wir ganz besonders VW beim zukunftsgerichteten Kurs der Transformation. Denn um nachhaltige Wertschöpfung am Wirtschaftsstandort Niedersachsen zu sichern, brauchen wir VW als guten Arbeitgeber. Dass das für uns besonders wichtig ist, unterstreichen wir dadurch, dass unsere stellvertretende Ministerpräsidentin Julia Willie Hamburg in diesem Aufsichtsrat vertreten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Mammutaufgabe der Transformation, des Umbaus wird eine Menge Arbeit. Dafür brauchen wir genügend Fachkräfte. Wir werden deshalb eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive starten. Die Landesregierung setzt eine Priorität bei der Bildung. Es ist ein starkes Zeichen, dass mit Julia Wille Hamburg die stellvertretende Ministerpräsidentin das Bildungsministerium übernimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Volker Bajus [GRÜNE]: So ist das!)

Gute Bildung ist der Schlüssel gegen den Fachkräftemangel und für Gerechtigkeit. Dafür müssen wir den Fachkräftemangel im Bildungsbereich selbst angehen. Wir machen in Niedersachsen den Beruf der Lehrerin oder des Lehrers endlich etwas attraktiver. Geld ist nicht alles, aber die schrittweise Anhebung der Einstiegsgehälter bei den Lehrkräften auf A13 ist nun einfach fällig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

#### **Präsidentin Hanna Naber:**

Einen Moment, bitte, Frau Kura! - Es war gerade sehr laut im Plenarsaal. Ich bitte um Aufmerksamkeit!

#### **Anne Kura (GRÜNE):**

Danke schön.

Es ist wichtig, dass wir jetzt in die Ausbildung für Lehrkräfte investieren. Und es ist auch wichtig, dass wir die Digitalisierung an den Schulen voranbringen. Wir haben in der Corona-Pandemie gelernt, wo es überall hakt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Land- und Ernährungswirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Niedersachsen. Kaum ein Beruf arbeitet so eng mit der Natur und ist so sehr auf eine intakte Umwelt und fruchtbare Böden angewiesen. Da sind die Folgen der Klimakrise und des Artensterbens eine echte Gefahr. Wir wollen dazu beitragen, die Landwirtschaft zukunftsfest aufzustellen, damit die Höfe sicher an die nächste Generation übergeben werden können und damit es gesunde und regionale Lebensmittel gibt. Wir werden den „Niedersächsischen Weg“ sehr konsequent weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden als Land wieder mehr investieren - endlich! Die Schuldenbremse ist Recht und Gesetz. Aber sie darf nicht als Investitions- und Zukunftsbremse zum Schaden unseres Landes wirken und damit auch zum Schaden künftiger Generationen. Deshalb wird diese Koalition investieren, mit dem Niedersachsenfonds, für den es über diese Koalition hinaus bereits eine breite Unterstützung gibt, z. B. beim DGB.

Und ich bin mir sicher: Auch die Wirtschaft wird gut mit einer Landesregierung fahren, die dabei hilft, den Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu forcieren, und selbst mit eigenen Investitionen vorangeht, z. B. bei der Sanierung von Sozialwohnungen, z. B. beim Ausbau der Solarenergie auf eigenen Gebäuden und natürlich auch mit direkten Hilfen gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen mit nicht so starker Finanzkraft.

Der Alltag in Niedersachsen wird stärker noch als vom Land von der Arbeit und der Leistungsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden bestimmt. Die Aufgaben der Kommunen sind gewachsen durch Entscheidungen von Bund und Land. Ihre Finanzen sind nicht in dem Maße gewachsen. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Kommunen über eine bessere Finanzausstattung beraten. Ein erster Schritt ist auf jeden Fall, den Zugang zu den vorhandenen Fördermitteln zu erleichtern mit deutlich weniger Bürokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere demokratische und offene Gesellschaft. Das gilt es heute, am 9. November, besonders herauszustellen. Dazu gehört auch die klare Abgrenzung von allen, die keine klare Grenze zum Rechtsextremismus ziehen. Wir wollen eine dauerhafte Finanzierung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus sicherstellen, den Aktionsplan gegen Rassismus zügig umsetzen

(Zustimmung von Djenabou Diallo Hartmann [GRÜNE])

und die Landeszentrale für politische Bildung stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir werden auch unsere Sicherheitsbehörden stärken.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Natürlich! - Sebastian Lechner [CDU]: Da bin ich ja mal gespannt!)

Als rot-grüne Koalition haben wir noch viele weitere Punkte vereinbart, mit denen wir Niedersachsen voranbringen.

Und jetzt, Herr Lechner, hören Sie gut zu! Das *ist* ein Aufbruch. Wir packen jetzt die Dinge an, die mit Ihnen in den vergangenen Jahren liegengeblieben sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es nämlich! - Sebastian Lechner [CDU] und Carina Hermann [CDU]: Im Innenbereich?)

Damit meine ich nicht nur das zentrale Thema Klimaschutz, bei dem Sie fast ständig auf der Bremse gestanden haben.

Wir werden mit einem Partizipations- und Teilhabegesetz dafür sorgen, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben. Wir sichern den Zugang zu Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und politischer Mitbestimmung in unserer Einwanderungsgesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz schaffen wir umfassenden Schutz vor Diskriminierung durch Landeseinrichtungen, und wir schaffen Rechtsansprüche.

Wir wollen Frauenberatungsstellen sichern, Frauenhäuser absichern und finanziell auch wirklich sicher aufstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Wir erhöhen die Pro-Kopf-Ausgaben für Kunst und Kultur.

Mit einer Landeswohnungsgesellschaft schaffen wir mehr bezahlbaren Wohnraum.

Wir stärken den ÖPNV und den Radverkehr.

Wir führen ein landesweites 29-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende ein und erhöhen so die Mobilität für junge Menschen.

Und wir erproben eine Mobilitätsgarantie zunächst in zwei Modellregionen.

Das ist ganz viel, und ich könnte jetzt auch noch mehr aufzählen. Das zeigt: Diese Koalition löst endlich viele Blockaden, und sie hat sich sehr viel vorgenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dafür braucht sie ein starkes Parlament und selbstbewusste Fraktionen, die ihre Rolle zum Wohle des Landes ernst nehmen und die Regierung kontrollieren und bei Bedarf auch motivieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gehören natürlich klare Worte. Kritik muss deutlich pointiert vorgetragen werden. Ich höre das auch gerne. Bei Bedarf darf man selbstverständlich auch mal polemisch werden. Ich bin mir sicher, auch das wird geschehen. Aber lassen Sie uns einander wirklich zuhören! Da war heute vielleicht tatsächlich noch ein bisschen Luft nach oben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: So wie Ihre Fraktion während der Rede unseres Fraktionsvorsitzenden?)

Das wäre auch gut fürs Land; denn gute Gedanken kommen selten in einer schlechten Atmosphäre.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist das!)

Und übrigens - das ist mir noch wichtig, zu sagen -: Es ist ein gutes Zeichen, dass dieser Landtag wieder etwas weiblicher und endlich auch vielfältiger geworden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Sebastian Lechner [CDU]: Vor allen Dingen die CDU-Fraktion!)

Aber es ist natürlich auch klar, dass das noch lange nicht reicht. Ein Frauenanteil von 34 % ist auch kein Grund zum Feiern. Wir brauchen hier Parität.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Auch mit dem Blick auf Demokratie und Teilhabe komme ich noch einmal auf das Angebot der konstruktiven Oppositionsarbeit zurück. In unseren Nachbarländern Schleswig-Holstein und NRW trauen Daniel Günther und Hendrik Wüst den 16-Jährigen zu, zu wählen, und zwar zu Recht. Aber hier in Niedersachsen sollen sie das nicht können, liebe CDU? Ich finde, das wäre ein seltsames und schlechtes Signal, das wir als Land aussenden. Wir

stehen für Gespräche zu diesem Thema weiter bereit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Koalition will Sicherheit geben und auch Zuversicht und Mut ausstrahlen, dass wir diese Krisen meistern - entschlossen, nachhaltig und sozial gerecht. Ich bin mir sicher, Niedersachsen hat die Kraft dazu. Davon bin ich überzeugt. Eine Landesregierung, die gemeinsame Ziele gemeinsam verfolgt, wird unserem Land gut tun und viel Energie freisetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dieses Signal geht von der neuen rot-grünen Koalition und ihrer Landesregierung aus. Niedersachsen hat die Chance, gestärkt aus dieser Krise herauszukommen. Dieses Signal muss auch von uns, von diesem Landtag, ausgehen. Das erwarten die Menschen in Niedersachsen zu Recht von uns. Ich glaube, wir sind jetzt aufgefordert, das umzusetzen.

Danke schön.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und starker, anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herzlichen Dank, Frau Kura.

Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung beendet.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 18:

**Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses** - Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD - Drs. 19/5

Nach Artikel 11 der Niedersächsischen Verfassung ist die Wahlprüfung Aufgabe des Landtages. Gemäß § 4 Abs. 1 des Wahlprüfungsgesetzes wird die Entscheidung des Landtages durch den Wahlprüfungsausschuss vorbereitet. Nach § 14 unserer Geschäftsordnung hat der Wahlprüfungsausschuss 14 stimmberechtigte Mitglieder. Nach § 4 Abs. 2 des Wahlprüfungsgesetzes wird für jedes Mitglied ein

Stellvertreter/eine Stellvertreterin bestellt. Der Wahlprüfungsausschuss wird vom Landtag aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlperiode gewählt.

Ich frage zunächst, ob die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses, wie in der Vergangenheit üblich, ohne allgemeine Aussprache gewählt werden sollen. - Das ist der Fall.

Sind zugleich mehrere Personen zu wählen, so geschieht dies in Anlehnung an § 86 Abs. 3 der Geschäftsordnung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und unter Anwendung des Höchstzahlverfahrens, wenn nichts anders vorgeschrieben ist oder von den Fraktionen vereinbart wird.

Wie bereits erwähnt, liegt Ihnen in der Drucksache 19/5 ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen vor. Es wurde also von allen Fraktionen gemeinsam eine Vereinbarung nach § 86 Abs. 3 Satz 1 getroffen, sodass es keiner Anwendung des Höchstzahlverfahrens bedarf.

Ich komme somit zur Abstimmung über den vorliegenden Wahlvorschlag.

Gewählt wird gemäß § 86 Abs. 1 der Geschäftsordnung mit Stimmzetteln. Wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht, kann durch Handzeichen gewählt werden. Erhebt jemand Widerspruch? - Widerspruch gegen eine Wahl durch Handzeichen sehe ich nicht.

Wer dem Wahlvorschlag in der Drucksache 19/5 seine Zustimmung geben möchte, den oder die bitte ich jetzt um das Handzeichen - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dem Vorschlag einstimmig so gefolgt worden. Ich danke Ihnen.

Wir kommen sodann zum Ende der Sitzung und zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. In der gestrigen Sitzung des Ältestenrates sind die Fraktionen übereingekommen, dass die nächste Plenarsitzung am Mittwoch, den 30. November 2022, stattfinden soll. Ich werde den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzungen festlegen.

Im Anschluss an diese Sitzung - also jetzt gleich - konstituieren sich die Fachausschüsse und die Unterausschüsse. Die Einladung dazu haben Sie als Schnellbrief elektronisch und in Papierform erhalten. Die Sitzungen finden in den Räumen 234, 235 und 236 in der ersten Etage des Hauptgebäudes statt.

Mit einem ganz herzlichen Dank an Sie alle, aber im Besonderen an meine Kollegin und meinen Kollegen zur Rechten und Linken, nämlich Antonia Hillberg und Pascal Leddin,

(Beifall)

schließe ich die heutige Sitzung und wünsche Ihnen nach der Konstituierung der Ausschüsse beizeiten eine schöne Heimreise.

Danke schön.

(Beifall)

Schluss der Sitzung: 11.21 Uhr.